

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: fest
Satz monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,25 Mark, eine Zustellungsgebühr. Bezugs- und
Druck-Produktions-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH, Halle, Berthelstraße 14. Herausgeber: Otto Kilián
Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Restfläche im Textteil.
Abdruckrechte zu richten nach Halle, Berthelstraße 14. Tel. 1043, 1047, 2251. Telegramm-Adr.: Klassenkampf
Halle. Benachrichtigung: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postfach: Leipzig 1003 88 Jäh. Arch. Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 2. Februar 1925

5. Jahrgang * Nr. 13

Mobilisiert die Rote Front!

Betriebsrätekonferenz des mitteldeutschen Bergbaues — Ein Auftakt zum Kampf

Während die sozialdemokratischen Parlamentarier alle Hände voll zu tun haben, um auf dem glatten Parquet der Parlamente Regierungsbeschlüssen zu veranzulassen, handeln kommunistische Abgeordnete nach dem Grundsatz, daß die entscheidenden Kämpfe gegen den Kapitalismus vor allem außerparlamentarisch durch die Massen in den Betrieben und Gewerkschaften ausgetragen werden. In Befolgung dieser Erkenntnis hatten im Auftrag der kommunistischen Reichstagsfraktion die Abgeordneten Rosenbaum (Halle) und Strödel (Leipzig) für den gestrigen Sonntag eine Konferenz der Betriebsräte des mitteldeutschen Bergbaues zur Besprechung der Lage der Bergarbeiter und zur Vorbereitung von Beschlüssen, was zur Verringerung der Not des Bergproletariats notwendigem gesehen wurde, einberufen.

Die Konferenz war besucht von den Betriebsräten der 65 ausflaggebenden Betriebe Mitteldeutschlands. Die anwesenden Betriebsräte waren fast durchweg Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes. Aber auch einige Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Bauarbeiter-Verbandes waren anwesend.

Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Koenen und nach anschließender Diskussion wurde eine ständige Einmütigkeit herbeigeführt über die resolutionsmäßige Festsetzung, in der nächsten Zeit zu erfüllenden Aufgaben. Alle Resolutionen und Aufträge, die nachfolgend abgedruckt werden, wurden unter großer Kampfbegiertheit einstimmig angenommen.

Der Aufruf an die Bergarbeiter Mitteldeutschlands lag mit genügender Klarheit, welchen Weg die Bergarbeiter zu gehen haben. Es gilt jetzt, in allen Betrieben und Gewerkschafts-Organisationen die in diesem Aufruf vertretene Linie zu propagieren und die breitesten Massen für den Kampf zu gewinnen. Keine Sabotage sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, keine Beschränkung sozialdemokratischer Zeitungen, sondern in allen revolutionären Betrieben davon abhalten, seine Pflicht im Sinne der unabweisbaren Aufgaben zu erfüllen.

Die im März 1924 zu erwartenden Kämpfe in den ausflaggebenden Saarbergwerken Mitteldeutschlands müssen die Bergarbeiter Mitteldeutschlands gerüstet finden.

Nur die einheitliche Kampffront aller Ausgeborenen nur die Erhöhung der Gewerkschaften für energische gewerkschaftliche Kämpfe vom Boden des Klassenkampfes aus, nur die rote Front kann zur Erhaltung bzw. Zurückeroberung der Achtstundentage über Tage und die Lebensunterhalt unter Tage, ausreichenden Löhnen, zur Sicherung der Betriebsräte und zum Ausbau der sozialen Erzeugnisse zum Besten des Bergproletariats führen.

An das mitteldeutsche Bergproletariat

Kameraden und Genossen!

Die Missionen, die sich bei einem großen Teil der Bergarbeiter Mitteldeutschlands nach der Marktabstufung und von Dawes-Gesetzen bemerkbar machten, sind verfliegen!

Gerade weil das deutsche Proletariat unter den „Strahlen der Dollarzone“ glaubte, auf jeden Kampf verzichten zu können, ist die Lage der deutschen Arbeiter und insbesondere die der Bergarbeiter heute elender denn je.

Im Bergbau sind die Lohnverhältnisse noch katastrophaler als unmittelbar vor der Stabilisierung und vor der Annahme der Dawes-Gesetze. Zwölfstundentage mit seiner Arbeitszeit bis zu 12 Stunden ist die schlimmste Geißel der Berg- und Metallarbeiter. Der Reallohn ist weiter gesunken und beträgt nur noch 60 Prozent des Vorkriegsniveaus. Die Betriebsräte, welche Rechte sind systematisch abgebaut. Und wo revolutionäre Betriebsräte auf ihre Rechte zu pochen verlustig, konnten die Kapitalisten sie glatt aufs Straßenspülstein sehen, damit des positiven Verhaltens breiter Arbeiterschichten. Die Erstlings und die primitivsten Rechte der Bergarbeiter sind also mehr denn je in größter Gefahr.

Die

Gothscher Forderungen

für die sich die heutige Betriebsrätekonferenz erneut einsetzt, waren ein erstes Kampfpflicht für das gesamte deutsche Proletariat, insbesondere auch für die Bergarbeiter. Es gilt, diese Forderungen jetzt konsequent anzuwenden auf unsere augenblickliche Lage als Bergarbeiter.

Das mitteldeutsche Bergproletariat wird dabei nicht allein stehen, sondern sich einreihen in die gewerkschaftlichen Kämpfe, in die große allgemeine Kampffront des deutschen Proletariats, die erneut im Aufruf begriffen ist. Die Bergarbeiter Mitteldeutschlands wissen, daß für die Ruhrbergwerke, Halle, den 1. Februar.

Die Betriebsrätekonferenz für den mitteldeutschen Bergbau

arbeiter, die Metallarbeiter und die Eisenbahner die Ueberbichtigabkommen und Tarife der Gewerkschaftsbürokratie am 28. Februar ablaufen und Kampfsituationen schaffen. Die Arbeiter der Chemie und die Hafen- und Werftarbeiter stehen bereits in großen Bewegungen, sie verfallen nach acht Stunden den Betrieb, wenn das Ueberbichtigabkommen für sie abgelaufen ist.

Kameraden und Genossen!

Auch das mitteldeutsche Bergproletariat wird seine Rechte wieder erkämpfen können, wenn alle diese Kämpfe, bei denen es sich um ein und dieselben Ziele handelt, in der wichtigsten Form zusammengefaßt, und wenn die mitteldeutschen Bergproleten getreu ihrer revolutionären Traditionen einen wichtigen Teil dieser Kampffront bilden. Genug sind ihr belogen und betrogen worden von jenem kapitalistischen Arbeiterminister Brauns, der wiederholt die Abschaffung des Zwölfstundensystems versprochen, aber sein Versprechen nie gehalten hat.

Freiwillig werden Euch die Kapitalisten nichts gewähren!

Jetzt gilt es, die eigene proletarische Kraft, die gesamten Gewerkschaften für folgende Forderungen in die Waagschale zu werfen:

1. Abschaffung jedes neuen Ueberbichtigabkommens, Siebenstundentage unter Tage und Achtstundentage über Tage.
2. Ausgleich der Preissteigerungen durch Erhöhungen der Löhne um 40 Prozent.
3. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.
4. Beseitigung jeder Art von Prämien- und Alfordsystemen.
5. Abschaffung der Werkspolizei.
6. Keine Verringerung der sozialen Rechte in irgendwelcher Form, sondern vierwöchiger Urlaub für alle Bergarbeiter, Erhöhung der Invalidenpensionen über 25 Dienstjahre, Festsetzung des Krankengeldes auf 80 Prozent des tariflichen Durchschnittslohnes, Aufbringung der Mittel in der Krankenkasse und Pensionskasse der Knappschaft durch die Unternehmer.

Wir verammelten Betriebsräte fordern Euch auf, für diese Mindestforderungen, die auch von den Ruhrbergarbeitern und den ober-sächsischen und Waldburger Bergarbeitern erhoben werden, aus den Gedanken und Taten heraus,

von unten auf die Einheitsfront des Proletariats ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit zu schließen.

Laßt Euch nicht irreführen durch „Warnungen“ reformistischer Gewerkschaftsbürokraten, die wieder einmal von „politischen Ränderern“ der revolutionären Betriebsräte sprechen, weil die Bergarbeiter um ihre primitivsten Forderungen zu kämpfen sich anschicken, und weil es für die Gewerkschaftsvertreter im Interesse der Ausbeutung der deutschen Proletarier im Rahmen der deutschen Dawes-Kolonie gilt, überhaupt keinen Kampf der Arbeiter abzuwürgen.

Jetzt erst recht

hinein in die Gewerkschaften

um diese zu Kampforganen der proletarischen Klasse zu machen. In jeder Belegschaftsversammlung muß dieses Ziel unseren Arbeitbrüdern vor Augen geführt werden. Jetzt wählt erst recht überall revolutionäre Betriebsräte, die als Führer der arbeitenden Massen in den Betrieben im Interesse aller Ausgeborenen zu kämpfen gewillt sind.

Kameraden und Genossen! Der Name des mitteldeutschen Bergproletariats habe in den vorangehenden Zeilen der Resolution einen guten Klang. Bon dieser ehrenvollen Stellung hat es sich in vielen Fällen zurückziehen lassen. Bismarck, damit die mitteldeutschen Bergproletarier wieder die ersten im Kampf um die proletarische Existenz sind und so ihre revolutionäre Tradition hochhalten.

Es lebe die Einheitsfront des kämpfenden Bergproletariats

(Die übrigen Resolutionen der Konferenz auf der zweiten Seite.)

Sie küssen die Beißche

SPD.-Bettel bei den Schwarz-weiß-roten

(Ein. Strahl.) Berlin, 2. Februar.

Der mit drei Stimmen Mehrheit gewählte Ministerpräsident Braun hat auf Vorschlag des Reichstags oberhalb Verhandlungen mit den Schwarz-weiß-roten wegen der Regierungsbildung aufgenommen. Die praktische Parteifraktion der SPD. war einstimmig, alle mit Einschluß der sogenannten Linken, für dieses Verbotenen an die Volkspartei.

p. m. Wir haben in der Sonnabend-Nummer des „Klassenkampf“, obgleich wir wußten, daß Braun nur mit den Stimmen der Weimarer Koalition wiedergewählt worden ist, und ohne daß wir außer der Meldung der Wiederwahl irgendeine konkrete Nachricht bekamen, vorausgesetzt: „Mit Freunden werden die sozialdemokratischen Führer wieder in einer Regierung sitzen mit den Zentrumseuten, den Demokraten und sogar den Sinnes-Vertrauen der Deutschen Volkspartei, die im Reich ihren den Zutritt gegeben haben.“ Unsere Voraussage ist schneller eingetroffen, als wir selbst es erwartet haben. Wenn auch die Sozialdemokratie weiß, daß die schwarz-weiß-roten Volksparteier nach den Vorgängen im Reich es auch in Preußen bei dem Zutritt gegen die Sozialdemokraten belassen, kauft sie dennoch die Beißche, mit der sie von den Sinnes-Vertrauen geschmeichelt worden ist:

Die sozialdemokratische Presse vertritt uns eindeutig, daß die preussische Landtagsfraktion der SPD. einstimmig für das Beitreten an die Volkspartei war. Selbst die sogenannten Linken der SPD. waren für den übermaligen Pakt mit den parlamentarischen Beauftragten der Schwerindustrie und der Schwarz-weiß-roten Republikfeinde.

Damit ist die Demagogie der Sozialdemokraten und ihre neologenes Abenteuergeschrei gegen die Kommunisten entlarvt. Ihr Geschwätz von den „kommunistischen Knechten und Steigbügelhaltern der finsternen Koalition“ entpuppt sich wieder einmal als die bekannte Methode „Haltet den Dieb!“. Die Sozialdemokratie hat durch die Abtötung ihrer Landtagsfraktion eindeutig bewiesen, daß sie für die übermalige Auslieferung Preußens an die Schwerkapitalisten vermittels der Großen Koalition zu haben ist.

Damit wird für jeden Proletarier klar bewiesen, daß die Sozialdemokratie von einer so schamigen Grundlosigkeit ist, daß kein ehrlicher Arbeiter dieser Partei mehr angehören kann.

Wie hat die sozialdemokratische Presse nicht gelacht gegen die Deutsche Volkspartei, den bisherigen langjährigen Koalitionspartner, als dieser die Zeit für gekommen hielt, durch den Sturz des Ministeriums Braun seinen sozialdemokratischen Vorkäufen den Zutritt zu verweigern. Schreckliche Drohungen vom „wieder-erstandenen Klassenkampf“, die sich wirklich ganz eigenmächtig in der SPD.-Presse ausnahmen, wurden ausgeföhrt. Es konnte einem ordentlich bange werden. Und siehe da, schon ist alles wieder in Ordnung, schon besteht man durch einstimmigen Fraktionsbeschluss um gutes Wetter bei der Deutschen Volkspartei. Und warum diese ganze hündische Gefinnungslosigkeit? Nun, es gilt die sozialdemokratischen Kofeln und Pfanden zu retten. Die Ministerfraktion sind in Gefahr, also nimmt man die Hufe, moher man sie bekommt. Und diejenigen, die den Kommunisten die angebotene dualnational-kommunistische Front antreiben wollen, würden natürlich sogar die Unterstützung der Wählenden nicht verschmähen, wenn sie nur ihre Föhnen retten könnten.

Dieses erbärmliche Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zeigt mit aller Deutlichkeit, wie recht die Kommunisten daran taten, die Regierung Braun-Severing-Siering zu führen, ohne auf das Wohlgefallen der Sozialdemokratie zu hören. Es ist ganz selbstverständlich, daß sie auch weiterhin, ganz gleich wie die Dinge sich weiter im Preussischen Landtag entwickeln werden, jeder neuen Regierung Braun gegen sie, wie selbstverständlich auch jeder anderen Rechtsregierung oder jeder Regierung der größten Koalition, den entschiedenen Kampf ansetzen.

Das Gebot der Stunde bleibt nach wie vor das, was die kommunistische Landtagsfraktion in ihrem Antrag vor der Wiederwahl niedergelegt hat: Auflösung des Preussenparlaments und Neuwahlen! Die sozialdemokratische Presse behauptet ja immer, daß der Sturz der Severing-Braun-Siering-Regierung durch die Kommunisten von den Arbeitern als Verrat an ihrer Interessen angesehen wird. Nun gut, wir sind sogar bereit, den im parlamentarischen System selbstverständlich gefährlichen Willen des Preussenparlamentes Neuwahlen in Empfang zu nehmen, für wen es schmeidet: für die einzige wirkliche Arbeiterpartei, die sich für die grundgesetzlichen Schieber und Postenüber der Sozialdemokratie, deren ganze politische Verumpfung gerade in die glänzenden Beweisen worden ist durch die Barmat-Schädel der Heilmann und Konjorten.

BRN Leipzig, 2. Februar.

Wie verlautet, findet wenige Wochen nach dem Prozeß gegen die hochbetragte Ipheta...

Die große Bombe gegen die SPD soll jetzt plagen. Während die Großhändler vom Schlege...

Der Ipheta-Spiegelkampf vor dem Württembergischen Landtag

In der Mittwochs- und Donnerstags-Sitzung sprach zu dem Kapitel...

Der Abgeordnete Dr. Schott befragte den Fall Wäcker als einen...

Durch die Landtagsverhandlung wurde die württembergische...

Der „Vorwärts“ nach Moskau eingeladen

Im „Vorwärts“ erschien am 8. Januar ein angeblicher Brief...

Ob das Zentralorgan der Kommunisten diesen Vorschlag...

Reichsbanner demonstriert in Lichtenberg

Während demonstrierte in Berlin das Reichsbanner mit kaum...

Erneutes Schandurteil!

Genosse Hans Schröder, jetzt 17. Jahren, Zuchthaus...

Kommunistische Gewerkschaftserfolge

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 2. Februar.

Am 28. Januar tagte in Dortmund Generalversammlung des...

Entschliebungen der Betriebsrätekonferenz

Herans mit den politischen Gelangenen!

Die Betriebsrätekonferenz des mitteldeutschen Bergbaus...

An das Ruhrproletariat, die Hafen- und Werkarbeiter, Chemierbeiter und Eisenbahner!

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter leben in diesen Wochen...

Am 28. Februar leben für das gesamte Ruhrgebiet die...

Das Chemierproletariat ist seit Wochen in Kampfparberei...

Die Februarwochen sind also Wochen angepanntester...

in den wichtigsten Industriezweigen. Der 1. März steht...

Die beiden ersten Vorstehenden der SPD. wurden insgesamt...

In der Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterver...

Bei der Reunión der Ortsversammlung des Transportarbeiter...

Die Generalversammlung hält es für eine unbedingte Not...

Ein Generalversammlungs des Gemeindef- und Staatsarbei...

In den Häusern der „Riederhäuser Arbeiterzettelung“ ein...

Das führende Organ des französischen Kapitals und der...

Der Kongreß der KP. Belgiens

Am 26. Januar wurde der Kongreß der KP. Belgiens in Brüssel...

Der Kongreß der KP. Belgiens

Am 26. Januar wurde der Kongreß der KP. Belgiens in Brüssel...

Der Kongreß der KP. Belgiens

Der Kongreß der KP. Belgiens

Der Kongreß der KP. Belgiens

Der Kongreß der KP. Belgiens

Der Kongreß der KP. Belgiens

Der Kongreß der KP. Belgiens

Der Kongreß der KP. Belgiens

Der Kongreß der KP. Belgiens

Der Kongreß der KP. Belgiens

tag. Eine einheitliche Kampfmöglichkeit, wie sie die Massen so oft verlangt und erstrbt haben, ist geschaffen.

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter sind uns dieser neuen Kampfmöglichkeit voll bewußt.

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Wir mitteldeutschen Bergarbeiter, die wir infolge SPD-Verrats...

Der Hamburger Aufstandprozess

Hamburg, 30. Januar.

(Sechster Verhandlungstag)

Der letzte Verhandlungstag begann nach einer Pause von einigen Tagen. Zu Beginn kommt es zu langen, schwermütigen Zusammenkünften zwischen Staatsanwalt und Verteidiger, weil der Staatsanwalt Zücker beschränkt, die Pressereporter der

„Hamburger Volkszeitung“

auszuschließen. Vert. Gen. Geweglich vermahnt sich in höchster Form dagegen, erklärt die Angriffe der „Volkszeitung“ gegen Zücker für berechtigt, beklagt die infernalische Heise der bürgerlichen Presse und des sozialdemokratischen „Echo“ und stellt den Antrag, den Berichtern der genannten Presse die Presserlaubnis zu erteilen. Im Namen der acht Angeklagten bringt Genosse U. S. d. h. ein Gesuch um Gewährung der niedrigen Bürgen und Verleumdungen der antisozialistischen Presse zum Ausdruck. Trotzdem beschließt das Gericht nach Beratung, den Berichtseriaten Hoffmann und Uebelsofer die Presserlaubnis zu erteilen.

Darauf beginnt das Verhör der Zeugen. Die Frau des Genossen Urbach berichtet über die Zusammenkunft am 1. Februar. Gen. Genowik beginnt die verächtlichen Auslagen des Genossen Zücker aus Genowik, der Stenotypistin Cläre Vater, die des vom Gericht nicht verurteilten Schriftstellers Putnam, des Halenarrativen Jungelbeier, die Urbach aus seiner Reihe teilweise begünstigen oder trafen, mit Urbach zusammen überbrachte.

Mit der Zeugin Franziska Fischer trat darauf eine Person auf, die mit allen Mitteln den Genossen Zücker zu belästern suchte. Aus Frage dafrü, daß Zücker ein zweifelhaftes intimes Verhältnis im September 1921 löste, sich später nur vorübergehend für ihn einsetzte und nicht für ein dauerndes Verhältnis zu gewinnen war, macht sie die schlimmsten Aussagen. Sie, die völlig unpolitische Person, behauptet, sich überaus aus dem politischen Zücker interessiert zu haben. Es stellt sich aber heraus, daß sie ihren kapitalistischen Bräutigam in ihre demagogische Tätigkeit gegen Zücker eingeweiht hat. Angebliche Karrieren und Erlöse von Zücker, die sie vorweist.

erklärt Zücker kategorisch als nicht von ihm geschrieben.

Die Behauptung, er sei beim Wadensturz in Wambred führend beteiligt gewesen, erklärt er als freche Lüge. Als nun auch Gen. Geweglich die Denunziationsrolle dieser zwischengeschalteten Person ins rechte Licht rückt, lehnt sich der Staatsanwalt Zücker außerordentlich heftig für die Glaubwürdigkeit dieser Zeugin ein, wobei es ihm entfällt, daß die Zeugin schon im September 1921 von den hochvertraulichen Absichten Zückers Kenntnis gehabt habe. Trotzdem Geweglich ironisch darauf hinweist, daß ja in diesem Falle die Zeugin selbst mitschuldig wäre und im übrigen auf die unerhörten Biedererklärungen ihrer heftig herausgeplapperten Auslagen hinweist, beschließt das Gericht nach Beratung trotzdem, diese Zeugin den Eid leisten zu lassen. Daraufhin wird die Verhandlung verort.

7. Verhandlungstag.

Am 7. Verhandlungstag werden fünf lauter Sozialdemokraten nennungen. Zu ihnen gehören der Staatsanwalt von dem Namen Demunziant, ferner am Montage einen würdevollen Auftritt darbietet. Der guert vernommene ehrenwerte Sozialdemokrat Ernst von Drususiusch des WDRB, ist im Sommer 1923 als linker Sozialdemokrat aufgetreten und ist selbst im Hamburger Parlament Isotoff von der SPD abgerückt.

Sente macht dieser sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte, halb Bureaukrat, halb Nigeldemebel, die Behauptung, eine linke Opposition hätte sich gebildet, um der Unterjüngung des linken, linken Ministerpräsidenten Zeigler, nur die höchste sozialdemokratische Vertreterin sei ihm nicht bekannt.

Welche Rolle er im Hamburger Prozess spielt, ist daraus leicht zu schließen. Fast der ganze Verhandlungstag ist ausgefüllt mit sozialdemokratischen Subjektiven, die als Mitglieder der Hamburger Vereinigung Zeigler in die Verhandlung geführt worden zu beklagen suchen. Die infamste Rolle dabei spielt ein gewisser Schulz, den schließlich der Genosse Schabitz nachweist.

daß er schon im Kriege als Denunziant von Revolutionären tätig war.

Die von einem dieser Subjekte geäußerten Vorwürfe sind über ihre Zueigenenheiten fast sehr zueigen. Sie bezeugen teilweise mit merkwürdiger Uebereinstimmung dieselben Worte. Sie werden fast alle in die Enge getrieben. Der Redakteur der „Nachpost“ — ein Subalterner und Klotzenorgan — und kein bei der Vorladung nicht auffindbarer Angehöriger, der früher als beachteter Einzel gegen die SPD tätig gewesen ist, weisen vorzüglich in das Bild der sozialdemokratischen Zeugen.

Die Schwarz-Rot-Goldenen über sich selbst Republikanisch?

Gleich dem Philosophen von Gansouci hat es in Preußen in Deutschland theoretische Republikanismus, die praktische Sozialdemokratie waren, in Wollen gegeben bis in die letzten Tage des Kaiserreichs und bis tief in die Reihen der Sozialdemokraten hinein. Hat doch Koste noch am 3. November 1918 in Braunschweig eine große Rede gegen den Gedanken an eine Revolution gehalten. Und wer doch Scheidemann, der kaiserliche Staatssekretär unter dem Prinzen Max von Baden, ganz bereit, sich mit der Fortdauer der Monarchie abzugeben! — Es hat nicht sollen sein!

Wozu ist Leben in einer Führung des Reichsbanners, heißt: „Kaiser und Reich“, mit der Unterdrückung: Wählt Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum!

Wo der Unterschied zwischen Stahlhelm und Reichsbanner?

Im Kriegerehrenzeichen Feuer war es hinsichtlich des Verhältnisses zum Reichsbanner zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Die Sache wurde dem Vorstand des Kriegerehrendes unterbreitet. Dieser entschied, daß den Kriegerehrenden Mitglieder des Reichsbanners ebenso angesehen seien wie Angehörige des Stahlhelms.

„Reichsbannerzeitung“ Nr. 12.

Alles, was nach der großen Rede, die jüngst bei der ersten großen Feier des Reichsbanners in Magdeburg sein Gründer Föhring gehalten hat, der neue Bund erstarkt, hat bereits bei der Gründung seit seiner Gründung vor fünf Jahren verlorst und bereits durch Taten verewlicht.

„Der Stahlhelm“ Nr. 21 vom 22. Juni 1924.

Rot — ist verboten

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß bei offiziellen Veranstaltungen des Reichsbanners nur Schwarzrotgoldene Farben getragen werden dürfen. Wiewohl sich in Folge dessen, daß Parteifunktionen (rot) bei Unigen getragen und Lieber von ausgedehntem Parteicharakter (Arbeiter-Kampfbilder) gelungen wurden.

Mitteilungen des Bundesvorstandes in der „Reichsbannerzeitung“ Nr. 8.

Das wirkliche Ziel

Da der innere Feind, der Bolschewismus, wieder mehr denn je an Werke ist und in der nächsten Zeit sein kühnstes Vorhaben überfallen wird, so hofft der Stahlhelm, wenn die Stunde ruff, zusammen mit dem Reichsbanner gegen diesen Feind der Republik und des deutschen Vaterlandes zu Felde ziehen zu können. „Der Stahlhelm“, Nr. 21 vom 22. Juni 1924.

Die Barmat-Sozialisten gerichtet!

„Frankfurter Zeitung“ verlangt Beteiligung Heilmanns — „Berliner Volkszeitung“ fordert Abkennung und Bekämpfung Richters — Nur die SPD-Presse deutet die Barmat-Kloste

Die demokratische, „Berliner Volkszeitung“ hat gegen den sozialdemokratischen Parteipräsidenten Richter den Vorwurf der Heuchelei und des Amtsmissbrauchs erhoben und die fortwährende Entlassung und Bekämpfung Richters verlangt. Richter ist noch immer gebührend und protegiert von Seering im Amt.

Jetzt erhebt die so vorzügliche demokratische „Frankfurter Zeitung“ gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann den Vorwurf, durch sein Mandat mißbraucht zu haben, um einem Freunde materielle Vorteile zum Schanden des Staates zuzuführen.

Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zu dieser Korruption: „Hier liegen Verwicklungen politischer Mandate mit Geldfragen vor, die unter allen Umständen, auch dann nicht entschuldigbar werden müssen, wenn man keine Empfinden werden, die an sich einwandfrei und unerschrocken sind, daß die Sozialdemokratie, wie jede andere Partei, die Konsequenzen ohne falsche Sentimentalitäten ziehen muß.“ Denn in Fragen der Heuchelei gibt es keine Kompromisse. Wenn nach der Durchführung dieser Verhältnisse die Sozialdemokratische Partei dem betreffenden Abgeordneten (Heilmann) nicht klar machen würde, daß er zur Ausübung seines Mandats ungeeignet ist, so würde sie sich dem Vorwurf einer Begünstigung überwiegen lassen nicht entziehen können.

Sozialdemokraten haben ein dickes Fell. Ob die von ihnen so geachtete „Frankfurter Zeitung“ ihnen eine moralische Ohrfeige vernünftiger, oder Trostlöcher, der Führer der holländischen Sozialdemokraten, im Zusammenhang mit der Barmat-Affäre demissionieren — die Sozialdemokraten verweigern egal was ihre Barmat-Kloste an und behaupten, die Lüge, die darauf beruht, einen einwandlos berechtigten Zeigler. Die Sozialdemokraten haben und bleiben weiter leben. Der sozialdemokratische Zeigler Parteipräsident bleibt im Amt und denkt nicht daran, zurückzutreten. Heilmann wird weiter seine große Schamme im Amt stehen und der großen Oberstaatssekretär Bauer wird weiterhin den Reichstag mit seiner Bescheidenheit beschwören. Es wird solange dauern, bis der Eitel und die Empörung der Arbeiter diese Bande zum Zerreißen jagt.

Ein ohnmächtiger Wint mit dem Zaunpfahl

Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ vom 30. Januar läßt einen Artikel mit der Überschrift „Stumpfplaten“ folgen:

Wie bekannt, gehören die Barmats der holländischen Sozialdemokratie an. Die Beziehungen wurden geknüpft in der Zeit, als die beiden Richtungen (USP und SP) getrennt marschierten. Wir sind daher über die Einzelheiten all der Vorgänge zu wenig unterrichtet, um ein endgültiges Urteil abzugeben.

Immerhin ging in diesen Tagen die Nachricht durch die Presse, daß eines der führenden Haupt der holländischen Sozialdemokratie, Genosse Troelstra, demissionierte.

Wir wissen nicht, ob dies im Zusammenhang mit den Barmats steht. Aber wir würden und hoffen, daß in der sozialdemokratischen Partei jene Aufregung wieder Platz greifen möge, die bei den holländischen, bevor jene Aktion und jeder Beschluß von „Krauspolitischen“ Erwägungen aus beeinflusst wurde.

Ueber die Opposition der „Leipziger Volkszeitung“ bzw. der logenanneten Vätern in der Sozialdemokratie gegen die rechten Sozialdemokraten braucht man wenig zu sagen.

Diese Opposition ist nur zu vergleichen mit der Opposition, die die Sozialdemokraten heute noch gegen die Hühner-Regierung zu treiben.

Die Opposition der linken Sozialdemokraten gegen die Rechten ist ein Scheinwiderstand, aufgezogen und bereitet, den Müßigkeit und die Empörung der einladigen sozialdemokratischen Arbeiter in das „richtige Bett“ zu leiten, das heißt, die sozialdemokratischen Arbeiter davon abzuhalten, daß sie dahin fliehen, wohin sie gehören, in die Kommunistische Partei.

Sozialdemokratischer Glückwunsch für Kahr im Auer-Prozess beweißen

Am fünften Verhandlungstag wird der Mörder Eisners, Graf Arco vollen, nennungen. Auf die Frage des Vorliegenden, ob Auer sich in irgendeiner Form an der

Ermondung Eisners beteiligt habe,

äußert sich Arco in längerer Rede und verucht nachzuweisen, daß die Tat lediglich auf seine Initiative zurückzuführen wäre. Seine Ausführungen aimen eine solche Aufgeblähtheit über seine „Befreiungsthat“, daß man vornehmlich weiß, daß dieser Vorwurfe aus seiner ganzen Einleitung heraus

keine Vorwurfsuren an Eisner anlassen wird.

Dieser Mörder, held“ mit seinem Rufem ganz allein für sich beanspruchend. Es kommt noch etwas anderes hinzu. Der Reichstags Auer, Schlotau, verucht, diesen Prozeß gegen Auer als eine Fundgrube der kommunikativen Agitation hinzustellen; er sei durch die Kommunisten ins Werk gesetzt worden (was natürlich vollkommen aus den Fingern gelassen ist). Der Graf Arco bekennt sich als müßelndster Unbilligkeit und teilt die Auffassung über die „Angelegenheit des Prozeßes“ mit dem Reichsbanner Auer — dem Reichsbanneramt Westphalen.

Der Mörder Eisners hat kein Interesse daran, die selbste Schwärze der Gegenopposition — in mancher der ehemalige Abgarnete der holländischen Sozialpartei im gefälschten Verhandlungstag das Verhalten Auer — der Propagandamöglichkeit der Kommunisten auszuweisen.

Trotzdem

hohelst Arco den Auer auf das Schwerte. Zuerst mit dem Rosenkranz; Arco sagt wörtlich:

„Es kam eine von den Töchtern Auer mit weißen Ernjahnen und eine Wittkauer (der Zeuge legt sie vor, daß der Reichstags Auer die Schwärze Auer) die die Worte entzieht: mit den Wüthigen heher Gesungung Ihr Erhardt Auer.“

Vor allem aber

werden die Auslagen des gefälschten Zeugen Kaiser über das Zusammenhänge Auer in der Zerkulierenzeit mit Auer von ihm selbst behauptet:

„Bei der Feier abends sahen wir längere Zeit nebeneinander. Es herrschte ein stilles aber ein herzliches und warmes, ging ich nach Hause. Das sich weiter dort abspielend hat, davon weiß ich nichts. Ich habe mich dort sehr eingehend mit Auer unterhalten.“

Trotzdem ist dieser eben zitierte Abschnitt aus der „Leipziger Volkszeitung“ höchst interessant. Trostlöcher ist nicht nur eines der führenden Haupt der holländischen Sozialdemokratie, sondern er ist das führende Haupt der holländischen Sozialdemokratie.

Sein Name hat den gleichen Klang in der Internationale des Sozialreformismus, wie etwa die Namen Vandervelde, Branting, Stanning, Macdonald. Der Reichstags Trostlöcher im Zusammenhang mit der Barmat-Angelegenheit (wir werden darauf später noch zurückkommen) ist ein solcher Frühlings in das Gesicht der bescheidenen Sozialdemokratie, die vielmehr mit dem Namen Barmat befaßt ist, als die holländische Sozialdemokratie, wie er letzten heftiger geführt worden ist. Aber nach allem Vorangegangenen wird auch die Demission Trostlöchers im Zusammenhang mit dem Namen Erhardt für die SPD, um Kunoos Kisten, o etwas die moralischer Zustand und politisches Zeitgefühl erlittet dort längst nicht mehr, und man kann diese Dinge auch dort nicht mehr einräumern. Es gibt nur einen Weg, diesen Sumpf auszutrocknen. Die Arbeiter von unten auf zusammenstellen, sie zu mobilisieren gegen die Schwärze der formalistischen Sozialdemokraten und diesen Kampf ausmünden zu lassen in einen Kampf gegen das kapitalistische System.

Heilmann und Bauer die Hauptschuldigen an den Kreditbetrugungen Barmats

Wir veröffentlichen vor kurzem die Empfehlungsschreiben, die Bauer und Heilmann an die Staatsbank (Staatbank) geschickt haben, auf Grund deren Barmat die großen Kredite von der Staatsbank, die gegenwärtig sich allein für Barmat nimmert auf 14,5 Millionen belaufen, erhalten hat. In Dedung sind nur 2,2 Millionen Markt vorhanden, so daß die preußische Staatsbank allem um mehr als zwölf Millionen Markt geschädigt werden ist. Diese Empfehlungsschreiben betrafen ausserdem die Staatsbank nach den beiden Empfehlungsschreiben von Heilmann und Bauer keine weiteren Erklärungen über Barmat mehr für erforderlich gehalten habe.

Daß also der Staat, d. h. die preußischen Steuerzahler um 12 Millionen Markt geschädigt worden sind, ist die Schuld von Heilmann und Bauer.

Wir verlangen, daß die Staatsbank sofort die sämtlichen Guthaben und Vermögensgegenstände dieser beiden mit Weisheit besetzt, damit sie aus den Ertragsüberschüssen dieser Mobilien und Vermögensgegenstände einbringen kann.

Um Untersuchungsansprüche wurde von einem Demokraten (Waldhuf) vorgetragen, daß Bauer ein Vermögen von 262 000 Mark besitze. Es ist notwendig, dies genau festzustellen und vor allem nachzuprüfen, wie diese Summe in den Besitz des früheren Reichstagsminters Gustav Bauer gelangt ist.

So etwas muß sich die Sozialdemokratie sagen lassen

In der letzten Sitzung des Untersuchungs Ausschusses des Preussischen Landtages zur Barmat-Angelegenheit lagte der Reichstags Erhardt, „Geheimrat“, die auf ganz laider geistigster Grundlage einen Kredit bekommen, gehen im allgemeinen nicht den Weg über Politik. Auf eine Frage der Abgeordneten Frau Dr. Wegscheider (Soz.), ob es immer dieser Vorname, erklärt der Präsident Erhardt, er könne sich nicht bestimmte Fälle erinnern, in denen ähnliche Empfehlungsschreiben von Politikern eingegangen seien.

So etwas muß sich die widerverleumdende Sozialdemokratie, die in der einen Hand die Schwarzrotgoldene Fahne, in der anderen die rote Fahne des K. D. S. M. schwingt zu löhningen vorlegt (verg. den Ausdruck des K. D. S. M. Schulz), von dem Präsidenten der Preussischen Landtag, dem erstklassigen Erhardt, über kapitalistische „Hansen“ sagen lassen.

Gefragt, ob er, Arco, mit Auer bei diesem Zusammenhänge über den Plan zur Ermordung Eisners gesprochen habe, sagt Arco die witzigsten Worte:

Sozial ist mich erinnern kann, nur wußt von einer Beteiligung Eisners nicht die Rede.

In der Nachmittagsung wird der sozialdemokratische Stadtrat Schmöger aufgerufen. Er wird gefragt, ob Auer

eine Bemerkung zu ihm gemacht habe, aus der ersichtlich war, daß Auer es gern gesehen habe, daß der Kapitänleutnant Erhardt aus Leipzig geflohen ist.

Mit vielen Einschütlungen gibt der sozialdemokratische Stadtrat einer der vielen Güntlinge Auer zu, daß dies wohl der Fall sei. In der Winterferien Prokläre war behauptet und mit Zeugen erachtet worden:

Auer habe die Bemerkung gemacht, daß Kapitänleutnant Erhardt aus dem Gefängnis in Leipzig entkommen werde, als sich Erhardt noch in Leipziger Gefängnis befand und daß diese Bemerkung darauf gelaufen sei, daß man daraus nur an eine Verbindung Auer mit dem, die Erhardt aus dem Gefängnis holt, habe schließen können.

Sodann wird die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frau Toni Pflilf nennungen.

„Ueber das Glückwunschtogramm Auer an Kahr gefragt, erklärt sie unter Gähnen, daß nach dem Formulare entgangen ist, ein Glückwunsch des Herrn Auer an Kahr vor sich ging.“

Bestimmlich hat Auer früher, als man ihm Vorbereitungen von Seiten seiner Parteigenossen besprochen gemacht hat, gemurmelt: Dieses Glückwunschtogramm ist auf Veranstaltung der holländischen Sozialdemokratischen Bundestagsleitung abgefaßt worden, es ist also nicht ein persönliches Angelegenheit von ihm gewesen.

Hierüber vom Vorliegenden befragt, gibt Frau Pflilf eine Antwort, die bei jeder nach ausweisend, dem Inhalt nach vollkommen eindeutig ist. Sie sagt wörtlich:

„Ich würde dies (das Glückwunschtogramm an Kahr) auf Veranstaltung der sozialdemokratischen Bundestagsleitung nicht für möglich gehalten haben, wenn es sich um meine Person gehandelt hätte.“

Das bairische Kontordat und die Sozialdemokratie

Von J. Schaffer (München).

Nach wochen- und monatelanger Hin- und Her der verschiedenen interessierten Gruppen ist am 16. Januar im bairischen Landtag das Kontordat, das heißt ein Vertrag zwischen dem päpstlichen Staat und dem bairischen Staat einerseits und der evangelischen Landesynode andererseits mit 72 gegen 54 Stimmen angenommen worden.

Erit als der Vertrag dem bairischen Landtag zugeht, erzieht die Öffentlichkeit von dem ungewöhnlichen Plan der bairischen Volkspartei, der katholischen Kirche neben der ausgesprochenen Unterstützung ihrer Kandidaten im Geiste von häufigen öffentlichen Grundrissen, Gerüchten usw. von millionenfachen Werte zusammen.

Mit der Scheinopposition der Deutschnationalen, Demokraten, Katholiken und Sozialdemokraten wurde die bairische Volkspartei leicht fertig. Der bairische Bauernbund, der im Kampf gegen die bairische Volkspartei (früher Zentrum) groß geworden war, gab in dieser Angelegenheit keine alte Kampfs- und Wahlparole. Das bairische Landtag (früher Zentrum) völlig preis und befindet sich nun vollständig im Schilde der bairischen Volkspartei.

Die bairische Regierung hatte also nur einen grundsätzlichen Gegner in dieser Angelegenheit, und zwar die Kommunisten. Diese als Partei zu arbeiten, können mangels klarer Organisation die Sozialdemokraten und die Gemäßigten nicht zwingen, eindeutig gegen das Kontordat Stellung zu nehmen. Nur sich auskommen und wollten die Sozialdemokraten nicht Stellung gegen das Kontordat nehmen, da ja der sozialdemokratische Ministerpräsident Hoffmann es war, der die Verhandlung zum Abschluss dieses Kontordates mit dem Papst während seiner Regierungstätigkeit einleitete. Wie die Sozialdemokraten heimliche Einrichtungen des bürgerlichen Staates nur verbessern wollen, so wollten sie auch dieses

Kontordat nur „etwas“ reformieren. Ihre Haltung war auch dementsprechend jämmerlich. Sie labortieren jeden Kampf, den die Arbeiter, Angestellten, Betriebsräte und Gewerkschaften gegen das Kontordat organisieren wollten. Sie haben selbst den Programmsatz preis, „wenn die Religion Privatangelegenheit“ sein soll. Die Sozialdemokraten hatten nichts gegen den Vertrag mit der Kirche einzubringen, außer „daß der Staat das Recht seiner Kirche gegenüber preisgibt“ und daß die Leistungen des Staates an die Kirche im letzten Augenblicke zu hoch seien“ und daß durch das Kontordat die Reichsversicherung verlegt werde, weil das Kontordat den Begriff Konfessionslos einseitig festlege. Der Sozialdemokrat Höpner, von Beruf Staatsanwalt, unterließ die Meinung der bairischen katholischen Pfaffen, daß die Säkularisation ein Unrecht an der Kirche gewesen sei, und daß die Sozialdemokratie sie nie gebilligt habe.

So kam die bairische Sozialdemokratie — die die bairische Verfassung im Mai 1919 an den Schlichter von München, den General von Oden, vertrat und ausgeliefert hat, so wie sie den Tod des Genossen Lenin, Eisners und tausend anderer revolutionärer Kämpfer auf dem Gewissen hat — dazu, auch in der Kontordatsfrage der Feigheitshaltung der schwächlichen Reaktion zu werden.

Gegen die kampfschloßlose bairische Arbeiterchaft hätte es die Regierung nicht wagen können, das Kontordat durchzuführen und durchzuführen. Aber die losen von „Freiheit des Geistes“ nur lo trübseligen Sozialdemokraten waren ja in der Kontordatsfrage von vornherein feigelegt.

Das Kontordat ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Ergänzung oder vielmehr die Vervollständigung des Dawes-Planes. Kirche und Hofstaat verbinden sich in ihm, die Arbeiterklasse in Unterdrückung zu halten und auszubeuten. Man rechnet offenbar damit, daß die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse gegen die Durchführung des Dawes-Planes sehr abgeklungen werden und nicht auf hitze Mitteln durch den „heiligen Geist“ kleinerer Proben haben wird ja schon bei den letzten Wahlen erlebt.

Der Vertrag ist für die deutsche Arbeiterklasse von weittragender politischer Bedeutung. Die schlaunen Jesuiten sind nämlich

einen Reichskontordat, das ebenfalls in nächster Zeit abgeschlossen werden soll, angeschlossen. Man wird das Reichskontordat durch das bereits bestehende bairische anzufassen schon bei seinem Entstehen wesentlich beeinflusst. Die deutsche Arbeiterchaft läuft also Gefahr, daß das bairische Kontordat Reichskontordat wird. Das Einverständnis der bairischen Volkspartei mit der jehinen Regierung ist ein sehr bezeichnendes Zeichen. Die Arbeiterchaft des Reiches wird gut tun, darauf zu achten.

Schule und Erziehung sind in Bayern wieder vollständig auf die Pfaffen übergegangen. Der Lehrer unterliegt ebenfalls der Kontrolle durch die Pfaffen. Die Ausbildung der Lehrer erfolgt dementsprechend.

Die Rechte des Staates sind wesentlich eingeschränkt. Neben direkt furchtbarer Entlohnung der Bischöfe erfolgt Zumeilung von Grund und Boden an die Kirche, zur Anwerbung von Klöstern. Im Kontordat sind eigene Steuerermäßigkeiten durch die Kirche geschaffen.

Das Kontordat, wie alle anderen Gesetze der Bourgeoisie und Reaktion, werden erst verschwinden, wenn die Arbeiterchaft die ganze Bande zum Teufel gejagt hat.

Deutschnationale und sozialdemokratische Regierungsbildung in Hessen?

Darmstadt, 2. Februar.

In Hessen gehen die Verhandlungen über eine Regierungsbildung von Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen fast vor dem Abschlusse.

Opfer des Antreibersystems

(Eig. Drahtf.) Dillingen, 2. Februar.

Auf der Dillinger Sütte ereignete sich heute morgen eine Hochexplosion. Fünf Arbeiter wurden getötet und mehrere verwundet.

R. V. D.
 Bezirksleitung für Halle-Merseburg
 Bereich 2, Halle, Breitenstraße 14, Fern-
 Nr. 1473 - Telephonamt Ditzsch 107 001.
 Unter 5 1/2 Uhr. Geschäfts-Schließung. Son-
 stens nachmittags geschlossen.

Kreis Bitterfeld
 Bitterfeld, Funktionserhebung Montag, 2. Februar, abends 7 Uhr, „Bürgergarten“.

Kreis Jena
 Jena, Kreis- und Arbeitsgemeinschaft am Dienstag, 3. Februar, abends 8 Uhr, bei Kottwitz.

Kreis Wittenberg
 Wittenberg, Funktionserhebung am Dienstag, 3. Februar, 8 Uhr, bei Freudenberg.
 Bitterfeld, Funktionserhebung am Montag, 2. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Breit.

Kreis Naumburg
 Coburg, Kreisversammlung am Dienstag, dem 3. Februar, abends 8 Uhr.

Veranstaltungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Ortsgruppe Halle
 Halle, Sonntag, 2. Februar, 8 Uhr, Veranstaltung „Produktion“.
 Wittenberg, Dienstag, 3. Februar, 8 Uhr, Veranstaltung bei Kottwitz, Triftschloß.

Kreis Wittenberg
 Wittenberg, Montag, 2. Februar, 7 1/2 Uhr, bei Freudenberg: Generalsversammlung.

Frauen- und Arbeiter
BEAMTE
ANGESTELLTE
LESER
 EINE ZEITUNG
 DIE EURE
 INTERESSEN
 VERTRITT.

Der
 EINFLUSS
 DER BÜRGERL.
 LÜGENPRESSE
 GILT ES
 ZU BRECHEN

Massenhaltung
 MIT SONDERBEILAGEN:
 DIE KAMPFENDE
 JUGEND
 DIE
 KOMMUNISTISCHE
 FRAU
 LEBEN
 WISSEN
 KUNST
 x
 MK

**BEZUGS-
 PREIS
 FREI HAUS
 2,60 MK.
 MONATLICH.**

Nur Dienstag
 in der
Nordsee
Große Fleischstraße 58
 Tel. 1274, 1275, 2705
Wunderliche große grüne Heringe 20.
 104 Pfund nur
Seelachs ohne Kopf 35.
 feinst Nordseewasser
Kabeljau ohne Kopf 40.

Rakete
 St. Klausstr. 7, Teich, 0948
Monat Februar
 Eine Sammlung ausser-
 gewöhnlicher Kabarettstücke
 Es konfiziert: **Rolf Romany**
 Gedruckt: **Ena und Wini**
 Instrumentalensemble
 Wanda von Wolgast
 Der Wühlerer Langjars
 Lu Deria
 Die elegante Vortragsgesellschaft
 Kaufmanns Original
 Zantoch-Theater
Richard Schulze, Komiker
 einer der besten 1935
 Gedruckt: **Manu u. Riff** Dann
 die kleinen Langjarsinstrumente
Rolf Romany
 der Bohemien
 Witwold, Sonnabend und Sonntag
 4-1/2 Uhr bei freiem Eintritt
 Abends nach dem Kabarett der
 beliebte Gesellschafts-Tanz

Wittenberg 13
 Alle im Dachdeckerberuf beschäftigten Dachdecker und Hilfsarbeiter werden Mittwoch, den 4. Februar, bei Geil, Lötterstraße, zur **Versammlung** eingeladen. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist Erhöhen der Beiträge. Der Vorstand

Weihenfels 17
Am Saalestrand
Schlachtefeld
 Emil Jürg.

Ansichtspostkarten empf. Volksbuchhandlung
 Im Verbrand ist
Brüggel-Raffee
 nicht viel teurer als Erbsen, da er
 sondern ergebnis ist. Können Sie
 darauf, daß Sie in den Lebens-
 mittelgeschäftigen Preis der Raffee in
 Originalitäten, nicht lose, erhält.
 Hersteller:
Braun & Wiegand, Halle

HALLO!!
 DER
KRIEDEL
 IST WIEDER DA!!

und ist bei allen Zeitungsboten, Kolporturen, wie den Buchhandlungen der Produktiv-Genossenschaft erhältlich. „Der Krüppel“ erscheint am 10. und 25. jeden Monats

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
 (Kollatzplatz) ca. 5000 Bände
 Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
 Mitarbeitergespräche zu haben in der Selbstverwaltung, Burg 42/44

Die unverstandene Frau!
 Gesellschafts-drama in 5 Akten
Flammen der Leidenschaft!
 Drama in 6 Akten

Filmshow: Der sensationelle Widoesfilm:
The Fox

Schauspielhaus:
Sylvester Fiebig
 Heranbildungssatz
 Original-Biedermeier-„Hals Herr, halb Dame“
Claire Fröhlich
 Die moderne Sprachmischel
 Seiters und erste Registationen
Margareta Loube mit ihrem Komiker
 Kunst und Humor auf Jahrsrückern
 Beginn 8 Uhr

Wie erziehe ich meine Frau
 Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen 135

Frauen in Flammen!
 Ein Spiel des Schicksals in 5 Akten

Werbt für den „Klassenkampf“

Im allgemeinen Volksinteresse werden alle diejenigen wertigen Personen, welche am Schluß des Jahresfestes im „Klassenkampf“ in der Nacht vom Donnerstag, dem 29. zum Freitag, dem 30. Januar, den Vortrag zwischen den Schuppolizei-beamtinnen und den Jüdischen Personen vor dem Lokal, auf der Straße und nach der Folienwände Anzeigen mit angeht und gelehen haben, um ihre wertigen Adressen gebeten

Strenge Distrikon zu gefuchert
 Niederzulagen *21
 Leipziger Straße Nr. 54
 im Kontor, bei links, Verbehandlung

Stadt-Theater
 Dienstag 7 1/2 Uhr
Duppens in der Unterwelt
 Mittwoch 7 1/2 Uhr
Jar u. Zimmermann
 Donnerstag 7 1/2 Uhr
Schwanzweih

Alle Bücher
 können durch unsere
 Buchhandlungen
 besogen werden.



Arbeiterbetrieber

Unternehmer und Betriebsrätewahl

(Von Arbeiterkorrespondent G. C.)

Nur kurze Zeit trennt uns von den Betriebsratswahlen. Es ist deshalb notwendig, kurz aufzuzeigen, was für Gründe die Unternehmer veranlassen, den Kampf gegen die Betriebsräte und deren Wahl zu führen. Das hat vornehmlich mit der Befürchtung zu tun, die Betriebsräte würden die Arbeiter in die Irre führen. Das hat vornehmlich mit der Befürchtung zu tun, die Betriebsräte würden die Arbeiter in die Irre führen.

Die Einflüsse in alle Betriebsorgane, soweit sie Betriebsbevollmächtigte betreffen

Wenn der Unternehmer kurzzeitig antwortet auf die Entscheidung des Betriebsrates, wenn er noch Verfügung über die Arbeiter hat, nur durch Umgehung des Gesetzes machen. Damit will er vielleicht, nur eine Lohnbestimmung bewirken oder längere Arbeitszeit einführen oder nach Bedarf die Beschäftigung wieder einstellen, um die unterliegenden revolutionären Arbeiter vor der Entscheidung zu lassen. Jetzt greift der Betriebsrat ein, verlangt die Einhaltung der Bestimmungen, weichen der Unternehmer beugt, um die obenbeschriebenen Manipulationen durchzuführen zu können. Erteilt hier der Betriebsrat seine volle Pflicht, vorausgesetzt, daß die Betriebsratsmitglieder genügend Kenntnis besitzen, den gegebenen Unternehmer zu prüfen, durch Einwirkung in die Geschäftsführung, dann mit dem Unternehmer, ohne daß es auf Arbeitseinstellung, nicht so schnell und leicht fertig bringen und wagen, die Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten durch solche Mittel zu verschlechtern.

Ein weiteres Recht der Betriebsräte, welches den Unternehmern sehr peinlich ist, weil es den Profit schmälert, ist:

„Rechtliche Durchführung der berg- und gewerbetreiblichen Bestimmungen und der Unfallversicherungsverordnungen.“

Gerade revolutionäre Betriebsräte sind es, welche ihre Pflicht erfüllen. Hier können die Betriebsräte Menschenleben retten, die Zahl der Unfälle verringern auf Kosten des Unternehmers usw.

Für den Unternehmer ist der Arbeiter Kampf, die er jederzeit in Massen auf dem Werke findet, an der er will er sein Geld sparen, hier legt sein Kampf ein, gegen die revolutionären Betriebsräte, weil diese die Bestimmung der Lohnhöhe, des Gehalts und der Arbeitszeiten des Betriebes anders verstehen und leben als der Unternehmer.

Daneben trifft zu bei der Bestimmung der Produktionskosten etwas andere aus. Produktionssteigerung durch Verbesserung der Betriebsmittel, Veranschaffung von geeigneten Spezialmaschinen oder neuer Arbeitsmethoden, welche die Arbeiter durch praktische Erfahrung dem Betriebsrat vorbringen, guter Handwerkszeuge usw.

Kurze Arbeitszeit mit guter Bezahlung ist die beste Produktionssteigerung.

Ich könnte noch mehrere Bestimmungen auflisten, die den Unternehmern Anlaß geben, den Kampf gegen dieses Gesetz, sowie gegen die Wahl von revolutionären Arbeitern als Betriebsräten zu führen, z. B. das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen und „Entlassungen“. Hier führen revolutionäre Betriebsräte besonders den Kampf, um sich an die Verwirklichung des Betriebsratsgesetzes bemerkt zu werden.

Die wichtigsten Bestimmungen habe ich nun angeführt, welche den Unternehmer veranlassen, schon bei Bekanntwerden, daß revolutionäre Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden sollen, gegen diese mit der Entlassung vorzugehen, oder nach der Wahl die geringsten Berechnen, ob politisch oder andere, mit Hilfe der Betriebsräte das höchste Maß an Gehalt zu leisten, wenn es auszunutzen für die Arbeitseinstellung.

Die Unternehmer scheuen dabei vor den größten Anfechtungen nicht zurück, obwohl es unproduktive Kapitalverschwendung ist, indem die Betriebsräte striktlos entlassen und sich dann durch Zahlung des Lohnes bis zum Ende der Amtsperiode des Betriebsrates losschaffen. Dabei gehen sie in den meisten Fällen an, daß der Betriebsrat

„Die Wirtschaftlichkeit des Betriebes gefährdet“

habe. Und diese Gefährdung der Wirtschaftlichkeit liegt darin, daß die revolutionären Betriebsräte ihre Rechte zugunsten der Beschäftigten ausüben und die einzelnen Bestimmungen so auslegen, wie ich es oben ausgeführt habe, wo nach dem Betriebsratsgesetz die Betriebsräte in vollem Rechte sind.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Nicht daraus die Lehren! Denkt nach, ob Euer Betriebsrat seine Pflicht Gutes gegenüber erfüllt hat. Wählt nur solche, welche praktisch schon gezeigt haben, wie es zu verstehen, die wichtigsten im Gesetz noch enthaltenen Rechte zum Nutzen der Beschäftigten anzuwenden.

Rückwärtslosigkeit im Lennawert

(Von unserem Betriebsberichterhatter.)

Ein Fall, der noch und ganz den Tatsachen entspricht, ist hiermit der Öffentlichkeit zur Kenntnis und Beurteilung gebracht. Der bei der blauen Pfortenkompanie bedienstete Förstner Max Schlegel erhielt am Sonntag, dem 21. Januar, von seiner Frau, welche in Wien wohnt, ein Telegramm, daß zwei seiner Kinder erkrankt seien und wurde er deshalb nach Hause gebeten. Wie es in der „blauen Kompanie“ üblich ist, a la Militaria, schickte Schlegel sein Urlaubsgeld, ging damit an dem noch zu dieser Zeit dienstenden Oberaufseher Bortmann und trat in trauernder Haltung seine Stelle vor unter Vorlage des Telegramms. Damit war nun der Dienst ein Telegramm, daß zwei seiner Kinder erkrankt seien und wurde er deshalb nach Hause gebeten. In der Gasse mußten nur die beiden an Diphtherie erkrankten Kinder nach dem Krankenhaus gebracht werden. Leider war es dem vom Unglück betroffenen Familienvater nicht möglich, schon Montag früh wieder in Uniform am Platze zu sein. Bei seinem Eintreffen am nächsten Tag wurde er dem Betriebsleiter Kretzschmar vorgestellt. Alle Gefühlsregungen hatten nichts, mit der Bemerkung, seine die in Lenzau leben, kann ich nicht verstehen, war Schlegel seiner George entzogen.

Jeder Beschäftigte wird sich fragen, ob es etwas möglich ist, und doch ist es! Hier muß unbedingt der Betriebsrat eingreifen, denn es liegt absolut fest, daß der Arbeiter vor. In Krause überhaupt bejagt, einem Manne in solchem Falle die Arbeit zu hindern?

Für die Arbeiter ist kein Geld da!

Steinbruch W. Wiers, Bismarck

(Von unserem Arbeiterberichterhatter.)
Womit die bei ihm beschäftigten Arbeiter eigentlich leben sollen, darüber macht sich Herr Wiers annehmend keine besonderen Gedanken. Er hat zwar Arbeiterarbeit in seinem Betrieb eingeführt, aber Geld bekommt die Arbeiter trotz eifriger Arbeit fast gar nicht, immer gibt es nur 4 bis 5 Mark Gehalt. Seit Weihnachten erhalten die Arbeiter ein Gehalt von 10 Mark, Abkündigung. Ein Arbeiter, der leicht wieder 2,50 Mark nur erhielt am Sonntag, vor der Sache nur übermäßig geworden und erklärte, daß er diese 2,50 Mark nicht annehmen würde. Er ging nun nach Hause. Am Sonntag wurden ihm 5 Mark ins Haus geschickt. Als er am Montag wieder kein Geld fragte (er hat noch etwa 25 bis 30 Mark zu erhalten), wurde ihm erklärt, es sei kein Geld da. Als er auf diese Forderung bestand, bekam er seine Papiere mit der Bemerkung, er solle im März wieder mal nach Geld fragen!

Der betreffende Arbeiter ist der einzige Ernteharvester seiner Gegend. Die Familie lebt in den dürftigsten Verhältnissen. Er ist immer vorgekommen, daß die Frau ihren Sohn nicht zur Arbeit gehen lassen konnte, weil sie für ihn absolut nichts zu essen hatte.

Arbeiter! Genossen!

Gebet Verdacht an den „Klassenkampf“!

hatte. Glaubt der Unternehmer etwa, daß die Leute von 5 bis 10 Mark die Woche leben und es doch nicht selbst mehr verdienen, wie einem dabei zumute ist. Die Arbeiter haben ein Recht auf ihren vollen verdienten Lohn. Also heraus damit! Dem Unternehmer geht es selbst sehr gut, ihm fehlt es an nichts. Die Arbeiter mühen in solchen Fällen ein wenig, dann werden sie sehr schnell zu ihrem Geld kommen. Vor allem müssen sie sich auch organisieren, um so mehr kann Druck gegen die Unternehmer ausgeübt werden.

Die Zustände auf der Krughöhe

(Von unserem Betriebsberichterhatter.)

Seit vielen Jahren hat wohl das Werk keine so gute Konjunktur gehabt als seit 1923. Der Betrieb der Hüttenwerke allein bringt ungeheure Gewinne. Anfang 1923 waren auf dem Geländeplan über eine Million Hüttenwerke in Betrieb zurückgefallen. Seitdem die Bergarbeiter vom Schacht nach der Spitze untergefallen sind, herrscht eine solche Nachfrage nach Steinen, daß sie kaum mehr beschafft werden können. Der Arbeiterstand ist ziemlich aufgeblüht. Täglich werden 600 Tonnen Steine verladen. Das Geschäft geht also sehr gut.

Wie geht es nun aber mit den Arbeitern? Der Arbeiter auf dem Schichtplan sieht im Gedinge 4,50 bis 5,00 bis 3,50 Mark. Natürlich wird viele drauflos gelohnt. Es gibt Arbeiter, die schon 12 bis 14 Uhr in der Arbeit stehen. Die Verdienste sind also sehr gering. Die Sucht nach Beschäftigung ist grenzenlos. Eine besondere Rolle spielen auch die Handwerker. Es sind mindestens 10 Lohnstellen vorhanden, aber niemand wagt dagegen zu opponieren. Am traurigsten sieht es bei den Schichtführern aus, meist ältere Leute. Viele haben einen Schichtlohn von 3 Mark. Dabei geht es ihnen mit einem gebietigen Bild, weil sie es nicht hinbringen können.

Die Lage der Bergarbeiter in Russland

Von Herbert Smith

Herbert Smith ist Vorsitzender der Antierdamer Bergarbeiterinternationale und war Mitglied der englischen Gewerkschaftsdelegation in Russland. Seine Ausführungen bilden eine wichtige Ergänzung zu den schon bekannten Aufstellungen Purcell's und von Aitken's.

Es ist für die deutschen Leser von besonderem Interesse zu wissen, daß H. Smith schon deshalb ein unverzichtbares Mitglied der englischen wie internationalen Gewerkschaftsbewegung war immer als ein ehrlicher, aber niemals auf dem revolutionären linken, sondern eher auf dem rechten Flügel stehender Gewerkschaftler galt.

Während meines Aufenthalts in Russland habe ich viel Zeit dem Besuch der Bergwerke (Gold, Kohlen, Mangangruben, Eisfelder) gewidmet.

Die Salzguben im Donbassin waren für mich eine große Lehrschau, trotzdem ich die Salzguben auch in anderen Ländern gesehen habe. Die Salzguben sind sehr gut ausgerüstet. Ich glaube, daß durch die Einstellung einiger moderner Maschinen die Produktion um 70 Prozent gesteigert werden könnte. Man muß die Verbienste der Ingenieure und der Arbeiter erhöhen. Mit den ihnen zur Verfügung stehenden technischen Mitteln wäre es schwer, mehr zu erreichen, als ich gesehen habe.

Ich bedauere, daß die Bergarbeiter im Donbassin und allgemein die Arbeiter, daß die Arbeiter vom Direktor bis zum Tagelöhner alle ihre Kräfte anspannen, um die Produktion zu heben und die Lage der Arbeiter zu verbessern. Man merkt sofort, daß die Kapitalisten sich niemals um die Arbeiter gekümmert haben. Nach der Sozialisierung der Gruben wurde die Arbeiterzeit reduziert. Alles wurde getan, um die Wohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern, um die kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern in der Umgebung überhaupt zu heben.

Ich bedauere mehrere Arbeiterwohnhäuser und konnte mir ein Bild von ihrem täglichen Leben machen, um so mehr als ich überall herumgehen konnte, wo ich nur wollte, ohne daran im geringsten Gedanke gehindert zu werden.

Seit der Sozialisierung ist es den Sanjels gelungen, nicht nur den Arbeiter zu beschäftigen, sondern auch die Zahl der Unfälle zu verringern, was ich an der Hand der statistischen Daten verifizieren konnte.

Ich sah die Eisfelder von Grosny und habe die Arbeiterwohnhäuser unterhalb der Wohnungen der Arbeiter besucht. Ich habe einen gewissenmaßen Unterschied zwischen den Wohnverhältnissen zur Zeit des kapitalistischen Systems und dem jetzigen fest. Die neuen Bauten sind nach dem Muster der Gartenstädte errichtet worden. Es werden Bloks von je vier Häusern gebaut mit kleinen Gärten vorne und hinten.

legenannte Madenbeißer (Antreiber) dahinter stehen. Alle Arbeiter erwarten mit Sehnsucht eine neue Lohnzulage.

Daß die Beschäftigten solche traurige Kind, liegt hauptsächlich daran, daß die Arbeiter nicht einig und geschlossen sind. Sie müssen sich schleunigst in der Gewerkschaft organisieren und mit Hilfe der Organisation ihre Forderungen stellen. Die Forderungen sind mindestens 40 Prozent Lohnerhöhung. Es muß unbedingt sofort die revolutionäre Einheitsfront im Betrieb und Gewerkschaft ausgerichtet werden, um diese Forderungen durchzusetzen. Die Kapitalisten untereinander entgegenzutreten zu können.

Ein Opfer des Antreibereigentums

Wolffschacht - Bismarck A.G. (Von unserem Betriebsberichterhatter.)

Am 20. Januar, vormittags, verunglückte der Holzträger Albert Schmitt (1878) in der ersten Umladestation. Im Augenblick war ein Wagen aus den Geleise gefahren, trotzdem lief die Förderung weiter. Schmitt wollte den Wagen nun wieder zurückziehen, geriet dabei aber zwischen die trich anrollenden Wagen.

Wie können die Arbeiterregeln nicht häufig genug darauf hinwirken, die Vorschriften nicht einzuhalten, was zum großen Teil die Ursache war, daß der Arbeiter verunglückte. Die Vorsichtsregeln sind nicht einzuhalten, was zum großen Teil die Ursache war, daß der Arbeiter verunglückte. Die Vorsichtsregeln sind nicht einzuhalten, was zum großen Teil die Ursache war, daß der Arbeiter verunglückte. Die Vorsichtsregeln sind nicht einzuhalten, was zum großen Teil die Ursache war, daß der Arbeiter verunglückte.

Die Arbeiterführung muß der Antreiber überhaupt energisch entgegengetreten. Nicht der Profit der Kapitalisten darf maßgebend sein bei der Arbeit, sondern nur allein die Sicherheit der Arbeiter, denn Menschenleben geht vor Profit!

Opfer der Hauswirtschaft

Grube „Hilf Bismarck“, Meuselwitz

Auf der Grube „Hilf Bismarck“ ereignete sich am 27. Januar, früh 6 Uhr, ein schwerer Unfall. Dabei verlor ein junger Arbeiter einen Fuß. Der Vorgang spielte sich folgendermaßen ab: Der bezapflichten Bestimmungen sind die Anlagen des Förderrotes vom Bagger an den Zug verfallen. Die Vorschriften sind nicht einzuhalten, was zum großen Teil die Ursache war, daß der Arbeiter verunglückte. Die Vorschriften sind nicht einzuhalten, was zum großen Teil die Ursache war, daß der Arbeiter verunglückte. Die Vorschriften sind nicht einzuhalten, was zum großen Teil die Ursache war, daß der Arbeiter verunglückte.

Die Arbeitszeit beträgt sieben Stunden, gegenüber zwölf Stunden vor der Revolution

Die materielle Lage der Arbeiter hat sich merklich verbessert. Die Arbeiter arbeiten höchstens 44 Stunden in der Woche, Maßregeln unternommen.

Wichtig ist die Lage in Satu, wo ich auch die Kopalbauellen besuchte. In Buda waren zum Beispiel die Arbeiterverhältnisse unter dem kapitalistischen Regime besonders schlecht. Jeder Arbeiter hatte nur ein Zimmer, das als Schlaf- und Wohnzimmer, Küche usw. diente. Die Arbeiter hatten eine Höhe von 6 1/2 Fuß und einen Flächenraum von 14 mal 10 Fuß. Es gab keine Fenster; das Licht kam durch die Tür herein. Geheizt wurde mit Anthrazit. Der Boden: nur Erde. Das mir aber als das Schrecklichste erscheint, ist, daß die Arbeiter in dieser gefährlichen Lage der Arbeiter, die einzigen Finanzleute und großen Betriebskapitalisten Nobel, Schell u. C. unternommen. (Es sind diejenigen Kapitalisten, die jetzt im Grunde mit den Menschengenossen und der 2. Internationale Aufstände in Georgien vorbereiten, finanzieren und schließlich provozieren, um wieder in der „Hilf Bismarck“ Delfelder zu kommen. D. Red.)

Die Sanjels haben vieles an diesem Gebiet getan. In Balaclava wurden Wohnungen für 100 Arbeiter gebaut. In jedem Haus gibt es ein großes Schlafzimmer, einen großen gemeinsamen Saal, eine Küche, Badzimmer, Wassertoilette. Die Arbeiter sind stolz auf ihre komfortablen und reinen Häuser. In allen Häusern ist Zentralheizung, elektrische Beleuchtung eingerichtet. Die Arbeiter können auf Gesessenen und nicht mehr mit Klopfen.

Schließlich war ich in den Mangangruben von Chictoura. Ich habe zuerst die traurigen Gruben besucht. Der Produktionsplan ist (sozial) in Bezug auf die Sicherheit als auf den Ertrag ausgelegt. Dann sah ich die Gruben an, die enolische Konjunktur machten. Die Kapitalisten können nach aus der kapitalistischen Zeit. Die Kapitalisten sind verpflichtet, die Arbeiter nach den höchsten zu bezahlen, die für die Arbeiter in den kapitalistischen Verhältnissen Gruben festgelegt sind. Diese Höhe wird natürlich höher als die im alten Regime. Die Arbeitszeit beträgt jetzt nur sieben Stunden, sonntags nur fünf Stunden.

Im Schluß will ich bemerken, daß gerade der Maßnahmen der Sanjels, durch die die Lage der Arbeiter verbessert wurde, auch für die englischen Bergarbeiter wünschenswert wären. (Das hätte die ganze SPD. und Gewerkschaften, die eben Schindlerbericht über Sowjet-Russland veröffentlichten, bringen selbstverständlich einen bezüglichen Bericht ihres eigenen Parteigenossen nicht. D. Red.)

den Genossen Blätter und die übrigen 14 Genossen. Aus seinen Aussagen hörte man deutlich die Mut gegen die italienische Bewegung. Derselbe Ziegenhagen schlug auch im Oktober 1923 auf dem Wienerberger Marktplatz unter den Genossen die gleiche Haltung ein. Die Schärfe und der Ehrgeiz des Genossen Ziegenhagen wurden als „unbegreifbar“ zurückgewiesen, dafür erhielt Chemnitz aber einen Strafantrag wegen „Beunruhigung“ usw. Soweit ein kurzer Inhaltsauszug unter dem Titel dieser Ordnungsbücher, der auch Mitglied der S. D. sein soll.

Was hat er jetzt verbrochen? Nun, die Ueberlieferung sagt es bereits. Ziegenhagen hat die Arbeit der Hausmode und verheiratete abends nach der Polizeistunde zwei Prostituierte, die er in Schamhaft mit nach der Wäsche nahm. Mit der einen ging er dann morgens gegen 3 Uhr nach der Geburtsankunft und geordnete sie da. Ziele hat nun den Satz umgedreht und gegen Ziegenhagen Anzeige ergriffen. Soweit der Vorgang.

Wie uns mitgeteilt worden ist, soll Ziegenhagen ein guter Kunde unter den Prostituierten sein, der aber immer vergessen hat, die Rechnung zu begleichen, gemessen nach dem Standpunkt zu sehen scheint, daß ein Schutzpolizist dazwischen Vermittlungen annehmen kann, ohne daß Moral und Ehre darunter leiden. Man hat ja in der letzten Zeit so manches von der Polizei in der gleichartigen demokratischen Republik gehört: Baumann, Bartsch usw. Es wundert uns ebensowenig, daß auch der laubere Herr Ziegenhagen zu dieser Sorte gehört. Es zeigt auch dieser Fall wieder, mit welchen Kreaturen die Polizeiorgane durchsetzt sind. Solche moralisch vollständig verkommenen Gesellen nimmt man zu Schanden der Schutzpolizei. Für uns ein Beweis mehr, wie laut und wichtig die jetzige Gewerkschaftsbewegung ist, und wie notwendig ihr Sturz geworden ist.

Gewerkschaftsbewegung Der Achtstundentag in den russischen Papierfabriken — und der deutsche „Verband der Fabrikarbeiter“

In der Nr. 2 des „Proletariats“ finden wir einen Artikel eines gewissen Stübler, der sich mit dem obigen Thema beschäftigt. In der Nr. 103 der „Paperszeitung“ soll ein Bericht aus Sowjet-Russland — „Sowjetparadies“ schreibt Herr Stübler ironisch — führen, der uns die neuesten Verhältnisse erzählt. Die Kommission für die Erhöhung der Arbeitszeit in der russischen Papierindustrie hat an alle Leitungen des Papierverbandes und an alle Trusts- und Fabrikleitungen der Papierindustrie folgende auszusagen aus dem Best. 8 der „Bumalshina Promshlennoi“ abgedruckten Mahnungen ergehen lassen: Nachdem auf die Wichtigkeit der durch die Welt-Krisis dem Papierproletariat zulebenden Aufgabe der Erhaltung des Einkommens aller Arbeiter und Bauer hingewiesen, ferner die Bedeutung des Papiers als Kulturfaktor betont und festgestellt wird, daß die Friedenseinstellung der Papierproduktion noch nicht erreicht ist, wird auf die Notwendigkeit intensiver Arbeit während des Achtstundentages und auf die Erhöhung der Leistung des einzelnen hingewiesen. Es wird erklärt, daß die Folgen des verfallenen Bedürfnissystems, die da u. a. sind: Organisationsmangel in der Arbeit, Schamlosigkeit in der Einstellung usw., unbedingt beseitigt werden müssen, zumal der Arbeiter doch für seinen Staat arbeite und sich nicht mehr in den klassischen Verhält-

nissen der Vorkriegszeit befindet. Es werden dann noch praktische Vorschläge gemacht, wie Beteiligung unproduktiver Kräfte, Einleitung der Arbeit usw. wodurch man hofft, eine Mehrerzeugung von 20 Prozent zu erzielen. Eine Entwidrigung der Presse zu erzielen. Ferner wird nachdrücklich, nicht nachzulassen in dem Bestreben, ununterbrochen die Fähigkeiten der Arbeiter, die Vervollkommnung ihrer Gesundheit und ihres Wissens zu erhöhen. Herr Stübler — fanatischer Kommunistenfresser — schreibt nun dazu folgenden Kommentar:

„Mit Freuden werden besonders die deutschen Papierindustriellen diesen russischen Bericht aufgenommen haben, um ihn in ihrem Kampfe um die Arbeitszeitvergrößerung gelegentlich gegen die gewerkschaftlich organisierte deutsche Papierarbeiterheit und deren Vertreter auszuspielen. In den höchsten Tönen werden die Unternehmerratsch die wirtschaftliche Einflüsse der Sowjetregierung der russischen Gewerkschaften preiseln und gegen die deutschen Arbeiterorganisationen auszuspielen versuchen. Die Tönen ihrer deutschen Arbeitstollegen die Wunder- und Zauberkräfte des Sowjetparadieses anpreisen, dafür aber desto mehr über die arbeiterverräterischen deutschen Gewerkschaftsleitungen schimpfen, weil diese es ablehnen, den wirtschaftlichen Einflüssen ihrer Arbeitstollegen zu machen.“

Nun, Herr Stübler, für so dumme werden die deutschen Papierindustriellen Sie als sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, doch nicht etwa halten, daß Sie Tönen tatsächlich obige Vorschläge machen werden, die so leicht wie nur irgend etwas zu widerlegen sind. Sollten Sie, Herr Stübler, aber wirklich so dumme sein, wie man Ihnen kommentieren annehmen ist, so würden wir Ihnen raten, die Herren Papiergewerkschaften — die nebenbei bemerkt gerade als Folge ihrer und ihrer Freunde seit 1918 getriebenen Politik heute wieder fester denn je im Sattel sitzen — darauf aufmerksam zu machen, daß die „Einflüsse der russischen Gewerkschaften“ darauf beruht, daß die Papierfabriken in ihnen sehr wenig Interesse für die Kräfte der freien Gewerkschaften in Deutschland zu haben. Somit würden Sie nämlich wider, daß im Korrespondenzblatt des DGB, in der Betriebsratszeitung usw. namhafte Gewerkschaftsführer in sozialistischen Artikeln dem deutschen Proleten nachzuweisen suchen, daß Deutschland — das kapitalistische Deutschland, möglicherweise nur wieder aufgeführt werden könnte, wenn die Arbeitstzeit vergrößert, der Achtstundentag beseitigt, die Produktion gesteigert würde durch vergrößerte Arbeitsintensität usw. Das verlangten damals die Leute um Sie herum, Herr Stübler, und mit deren Hilfe haben allerdings die deutschen Kapitalisten so gut wie alle Arbeiterrechte, auch den Achtstundentag, beseitigt. Herr Stübler, was werden Sie, Herr Stübler, bei ja ebenfalls seinen Segen in ihrem feiner Zustimmung in den Ermächtigungsgesetzen geben. Heute allerdings müht man, das habe die deutsche Arbeiterschaft wieder alles vergessen und darum macht man in Russland heute und fordert im übrigen die Arbeiter auf, Märkten für einen Fonds zu sammeln, um den Achtstundentag in Deutschland zu haben. Diese Sozialdemokraten selbst verraten haben, wieder zu holen. Erst, Ihr Sozialdemokraten, holt mal in Deutschland den Achtstundentag und dann schimpft über die Ausnutzung desselben in Sowjet-Russland! Aber feige und faßlich seid Ihr wie gewöhnlich!

Die inaktiven Eisenbahner und „das Sonnenland“
Der Internationale Nord schreibt uns:
Dem ehemaligen Rangierer Kurt Gräfe wurden 1918 beim Rangieren beide Beine amputiert; eins bis ans Knie, das andere bis dicht ans Hüftgelenk. Dem unglücklichen Menschen wurden

den zwei künstliche Beine als mechanische Einrichtung zum Fortbewegen, wie der Zahnschraubentaster, gefertigt und das dazu gehörige Schuhwerk. Damals betrachtete man also die Prothesen von der Seite bis zum Boden einseitigigen Schuhwerk als mechanische Einrichtung zum Fortbewegen. Nach noch im Mai 1920 schrieb man dem Verkrüppelten auf einem aus vorliegenden Jahrestabschnitt: „Knoten für Schuhwerk werden entworfen!“

„Das hat sich geändert! Wir sind jetzt in das Dames Sonnenland gewandert. Die nach dem Sadepfändigengutachten erstellte „Deutsche Arbeitsangelegenheiten“ hat nicht nur höchstschöne Leinwand, selbst an den sozialen Ausgaben für die im Dienste der Eisenbahn zu Recht gewordenen Arbeiter sehr geparkt werden. Die Reichs- und Reichsministerien stellen dem doppelt amputierten nach einem aus im Original vorliegenden Schreiben mit, daß die Kosten für die Reparatur der Schuhe nicht übernehmen kann, weil es sich um gewöhnliche Arbeiterhandschuhe handelt.“

Wenn die famosen Vorkriegsbeinreiter in Halle selbst in die Lage kämen, sich mit zwei künstlichen Beinen fortzubewegen zu müssen, so müßten sie aus eigener Erfahrung, daß das Gehen mit zwei Prothesen in ganz anderem Maße Schuhe verbraucht, wie die gewöhnliche Benutzung durch gesunde Menschen.

Der inaktive Rangierer fragt nun mit Recht, ob er auch noch von seiner kümmerlichen Rente die Ausgaben für die Reparaturen seiner inogananten mechanischen Hilfsmittel zum Fortbewegen bezahlen soll. Soch Dames-Deutschland!

Verhinderung der Schwerkraftverhandlungen bei der Mansfeld A.G.

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten)
Die am Donnerstag vor der Schlichtungskammer stattgehabene Verhandlung über die Vorkaufverträge der Arbeiterheit bei der Mansfeld A.G. ist wiederum um acht Tage verschoben worden. Der Schlichter will bis Dienstag keine Lösung fordern, da auf Grund der letzten um ein klein wenig aufgebesserten Löhne die Lohnstellen überholt seien.

Arbeiter der Mansfeld A.G.: Wie lange wollen Sie Euch diese Verhinderung über die Vorkaufverträge der Arbeiterheit bei der Mansfeld A.G. erdulden lassen? Die Preise steigen täglich, aber Eurer Lohnt geht immer mehr zurück! Seht um Euch wie die Arbeiterheit sich allenthalben zu regen beginnt, legt die Hände nicht mehr in den Schoß, organisiert Euch alle und kämpft mit der übrigen Arbeiterheit gemeinsam zur Erzielung besserer Löhne- und Arbeitsbedingungen, zur endlichen Befreiung des Proletariats aus den Klauen des Kapitalismus.

Verantwortlich: Max Vademann, Gleichen, für den reaktionellen Zeitschrift: 218 1208, Halle, Vertriebsstraße 14.

DAS WORT Aus dem Inhalt Nr. 5:
Des Herrn Nihilanten trotzt-
Iolele, die des amerikanischen Imperialis-
mus. Das neue Straßengedächtnis: (Korruption, Intellektuelle und Kommunistiche Partei, Jedem das Seine, Politische Poetik.) Künste (Neuerwerbung für das hallische Museum. Aber weint nun Audent, Orpheus in der Unterwelt. Berliner Kongressbrief) Film und Kino. (Witz der Zeitungs-) Schmezz-
flüster. Skizzen: Venus Brude. Annot. Beschreibungen der Proletariatsfragen. Salamis Parade. Literarische Betrachtungen eines deutschen Naturburschen. Demonstration. Bücher. Der Markt in der Nacht (Gedicht).

Sportsgenossen! Werbt eifrig für den „Klassenkampf“

Unser Inventur-Ausverkauf
Burghardt & Becher Leipziger Straße 10
Deutschlands größtes Geschäftshaus für emaillierte Haus- und Küchengeräte
Glas, Porzellan, Steingut, Aluminium- und Luzuswaren

Wie reine Butter
DERA Margarine
Blausiegel
Achten Sie auf unsere Gutmarken!

Kyffhäuser Caramel-Malzbiere
ärztlich empfohlen
höher Nährwert
raffinadegewicht
pasteurisiert
Kyffhäuser-Bräu
das beliebte vollmundige Bier für den Stammtisch
das erfrischende und anregende Getränk für's Haus!
Bierbrauerei Kelbra vorm. Gebr. Joch, A.-G.
Fernsprecher: R o 61 a (Harz) Nr. 1

Wird fortgesetzt!
Wichtige Preisermäßigung!
zum Teil bis 50 Prozent 190
Sehr billige Gelegenheitsposten
in fast allen Abteilungen
Partier, 1. und 2. Etage (Fahrstuhl)

Gegen Rückgabe derselben erhalten Sie
gratis Bazzutaten
Generalvertreter u. Lager für Halle u. Merseburg:
W. Patzschke,
Halle a. d. S., Medelstraße 5
Fernsprecher 8930
Geschäfts-Eröffnung!
Einer geübten Einmündigkeit von Herstellung und Herstellung zur geübten Kenntnis, daß wir am 1. Okt. 44
Maler-Gesellschaft
enthalten haben. Für die geübte Ausführung sämtlicher im Fach einschlägiger Arbeiten von Neubauten, Renovierungsarbeiten und Reparaturen zu mäßigen Preisen werden wir stets Sorge tragen und bitten um gütige Unterstützung
Rihert Wenz Friedrich Fiedler
Guldstraße 11/15 Merseburg Kronhofstraße 8

Gardinen, Teppich-, Decken-Spezialhaus M. Köppel
Inhaber: Otto Arneemann
Naumburg, Jakobstr. 31 (Passage)
Weitzenfels, Mittelstr. 22 Jena, Naumburgerstr. 3
Zirka 100 verschiedene Zeuger sind in meinem Lokal ständig aufgestellt
Teppiche, Bettvorleger, Sella, Säuerstoffe zu extra billigen Preisen
Besichtigen Sie wannals meine große Ausstellung
Billigste Preise

Nach wie vor
saulen Wiedererkennbar vorzüglich
Schokoladen, Kets, Kakaos, Bonbons
sowie alle anderen Süßigkeiten bei der Selbsten
Schokoladen-Spezial-Großhandl.
Willy Voigt
Halle, Markt 6
vorm. Wagner & Co.
66c Schillerstr., Tel. 4786

Volks-Feuerbestattungs-Verein
Groß-Berlin, B.-B. a. G.
Friedrichsplatzstraße: Halle a. S., Brechtstraße 5
Am Sonntag, dem 1. Februar 1925
normittags 11 Uhr, in den „Thalia-Sälen“:
Großer öffentlicher
Lichtbilder- u. Filmvortrag
a) Allgemeines b) Lichtbildervortrag c) Filmvorführung:
„Die moderne Feuerbestattung bis zur Befreiung der Menschheit“
Zur Deckung der Kosten werden 50 Pf. Eintritt erhoben. Der Ueberfluß wird der hiesigen Wohlfahrtsvereinsrichtung überwiesen
127
Luftballons verheiraten wir nicht, dafür bieten wir
Qualitäts-Schuhwaren
zu günstigen Preisen per Rolle an:
Pa. Kinder-Arbeitsstühle, Kernrolle 40/46 6,50
Pa. Kinder-Arbeitsstühle m. Staudbühne 40/46 7,50
Pa. Kinder-Schreitstühle, beste Qualität 40/46 9,75
Pa. Kinder-Bürostühle 30/39 8,50
Pa. Kinder-Schreitstühle, best. Qual. 31/35 6,00 27/30 5,50
Pa. Kinder-Damenhalbhüde, beste Qual. 38/42 7,50
Pa. Kinder-Damenhalbhüde, weich geb. 38/40 8,50
Braune Kinder-Angenstühle 31/35 8,75, 27/30 8,50
Lager der Schuhfabrik B. Stengler
Thomasiusstraße 47
Vertreter: E. Bachmann

Zeitungsträger
für Petersroda bei Bitterfeld gesucht
Zu melden beim Verlag „Klassenkampf“, Halle a. d. S., Vertriebsstraße 14
Von Mittwochmittag an steht ein großer Transport prima hannoverscher Ferkel, Pücker- und Füllter-Schweine in großer Anzahl sehr preiswert zum Verkauf
H. Richter, Trothaer Str. 80, Tel. 3752



Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampfgang für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten GmbH, Berlin, Planufer 17

Februar 1925

Verantwortlicher Redakteur: Paul Mecker, Berlin, Rosenthaler Straße 22

Bergarbeiter, schafft die Einheit für den Kampf!

Im Ruhrgebiet, im rheinischen Braunkohlenbergbau, im sächsischen Steinkohlenrevier steht am 1. März die Frage der Arbeitszeit zur Entscheidung. Der ausschlaggebende Teil der Bergarbeiter Deutschlands wird vor der Frage stehen, entweder wie bisher für den Profit der Grubenbarone neun bis zwölf Stunden lang schuften oder den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufzunehmen.

Mehr Arbeit fordern die Schlotbarone. Mehr Arbeit fordert die Luther-Regierung zu Deutschlands Sanierung, d. h. zur Sanierung und Festigung des kapitalistischen Profits, denn die Bergarbeiter sollen weiter mit elenden Hungerlöhnen abgespeist werden. Was verdient der Bergarbeiter heute? Im Durchschnitt bewegen sich die Löhne eines Vollarbeiters im Bergbau zwischen 3,10 Mark im Mansfelder Gebiet und 5,70 Mark im Ruhrkohlenrevier. Das sind 60 Prozent des durchschnittlichen Friedenslohnes, also nur für etwas mehr als die Hälfte seines Vorkriegslohnes soll der Kumpel weiter wie bisher in verlängerter Arbeitszeit im wahnwitzigen Arbeitstempo für den Profit des Zechenkapitals schuften.

Nur für den Profit der Grubenbesitzer! Denn während die Bergarbeiter unter den elenden Hungerlöhnen nur kläglich ihr Leben fristen konnten, haben sich die Zechenbarone mit Hilfe der kapitalistischen Regierung ungeheuerlich bereichert.

Allein durch die Ruhrkredite der Inflationszeit, die die Schwerindustrie, das Zechenkapital von der Cuno-Regierung zur Finanzierung des passiven Widerstandes erhalten haben, hat die Gesellschaft 2 Milliarden Goldmark in ihre unergründlichen Taschen gesteckt. Steuerumwandlung und Steuerentlastung haben die Gewinne nicht unerheblich vermehrt.

Die 715 Millionen, die die Ruhrindustriellen durch die Regierung Marx Stresemann und Luther-Schiele als besondere Extra-Geschenke, als sogenannte Entschädigungen für die Ricum-lasten erhalten haben, sind hauptsächlich in die Geldschränke des Grubenkapitals gewandert. Also nicht nur die schamloseste Ausplünderung der Arbeitskraft des Bergarbeiters, sondern die direkte Ausraubung der wertvollen Massen mit Hilfe des Staates hat das Zechenkapital zu seiner Bereicherung verstanden, rücksichtslos und brutal anzuwenden.

Mit Hilfe des raffiniert ausgeklügelten und brutal durchgeführten Antreiber-systems ist es den Zechenbaronen gelungen, im Monat Januar die Kohlenförderung über die des Januar 1913 hinausanzutreiben. Im Januar 1913 erreichte die arbeits-tägliche Förderung 368 618 Tonnen Kohlen, im Januar 1925 dagegen 368 940 Tonnen.

Profit ist die Lösung der Unternehmer. Profit und nochmals Profit. Die Sicherheit des Arbeiterlebens ist Nebensache. Sicherheitsmaßnahmen kosten Geld, kürzen den Profit. Daher sind in allen Gebieten die Sicherheitsmaßnahmen auf das sträflichste vernachlässigt worden. Und die Folge: 135 erschla-

gene Bergarbeiter durch die Riesentatastrophe in Dortmund. Durch die Vernachlässigung der Sicherheitsmaßnahmen und durch die dauernde Verschärfung der Antreiber-systems sind die Unfallziffern im Bergbau gerade nach der Verlängerung der Arbeitszeit in erschreckendem Maße dauernd gestiegen. Im November 1923 erfolgten rund 1000 Unfallmeldungen. Einen Monat später, nach Einführung der verlängerten Arbeitszeit im Dezember 1923, stieg die Zahl der Unfälle auf 1400. Die Durchschnittsziffer in den Monaten des Jahres 1924 an Unfällen stieg durch das Antreiber-system auf monatlich 6000, wovon 60 tödlich verliefen. Täglich 200 Verletzte und zwei Tote, das sind die Opfer, die der Dawes-Plan, die ungeheuerliche Ausbeutung der Bergarbeiter durch das Zechenkapital, das Antreiber-system, die Vernachlässigung des Arbeiterschutzes vom Ruhrproletariat fordert. So müssen die Bergarbeiter die Millionenprofite der Bergherren nicht nur mit Heberarbeit und Hungerlöhnen bezahlen, sondern mit blutigen Menschenopfern, mit dem Leben unzähliger Kumpels.

Kohle und Eisen ist die Grundlage jeder Wirtschaft. Kohle und Eisen bestimmen die Preise der übrigen Industrieerzeugnisse. Um Kohle und Eisen konzentriert sich die Hauptmacht der industriellen Bourgeoisie. Im Bergbau und in der schweren Eisenindustrie ist infolgedessen auch der Angriff der Kapitalisten auf die Arbeiterschaft am schärfsten. Und tatsächlich ergibt eine auch nur oberflächliche Statistik, daß gerade in den Gebieten, in denen die Schwerindustrie vorherrschend ist, also Rheinland-Westfalen, die Arbeiterschaft am längsten und zu den niedrigsten Löhnen arbeiten muß. In diesem Gebiet ist die Ver- stillung der Arbeiterschaft am größten.

Die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft in diesen Gebieten, die Verkürzung ihrer Arbeitszeit, die Erhöhung ihrer Löhne, oder umgekehrt ihre Verschlechterung ist von entscheidendem Einfluß auf die Lage der Gesamtarbeiterschaft. Gesingt es den Grubenbesitzern, der Schwerindustrie und ihrer Luther-Regierung, in den nächsten Wochen die Bergarbeiter und Metallarbeiter des Rheinlandes zurückzuschlagen, die Verlängerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter, das Zweischichtensystem für die Metallarbeiter aufrecht zu erhalten, so muß und wird sich die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterschaft der übrigen Industrie im ganzen Reiche verschärfen.

Die Offensive gegen die Bergarbeiter muß abgelehnt werden. Die Kumpels müssen ihre Forderungen durchsetzen. Es gibt nur einen Weg zum Erfolg: der des rücksichtslosesten Kampfes. Die SPD. und die sozialdemokratische Gewerkschafts-bürokratie verlangen demgegenüber die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und wollen zur Wiedereinführung des gesetzlichen Achtstundentages in Deutschland einen Volksentscheid herbeiführen. Washington aber ist nur ein Zechen-Papier, mit dessen Ratifizierung keinen Arbeitern der Achtstundentag wiedergebracht oder gesichert wird.

Was die großen Reden der SPD. und der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie bedeuten, das zeigen die Schiedssprüche ihrer Parteigenossen, wie die des Sozialdemokraten Mehlisch. Diesem sozialdemokratischen Schlichter haben die rheinischen Metallarbeiter die Zwölftstundenschicht zu verdanken und die Bergarbeiter den Raub der Sieben- und Achtstundenschicht und ihre niedrigen Löhne. Aber dem Zehentkapital bewilligen diese Herrschaften aus Gründen der Staatsicherheit das glänzende Extra-Geschenk von 715 Goldmillionen.

Was muß jetzt getan werden? In dieser ernsten und entscheidenden Stunde muß eine einheitliche Kampffront aller Bergarbeiter geschaffen werden. Einheit für den Kampf, das muß die Losung sein! Im Ruhrgebiet stehen am 1. März nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch die Metallarbeiter und die Eisenbahner vor der Frage der Arbeitszeit. Eisenbahner, Metallarbeiter, Bergarbeiter zusammengeschlossen zu einer Kampffront, zu einem Bündnis, ergibt einen Dreieck, der unbesiegtbar ist und mit dessen Kraft die Forderungen der Arbeiterschaft erfolgreich durchgeführt werden können. Was im

Ruhrgebiet notwendig und möglich ist, das muß die Einleitung bilden für dieselbe Bewegung, für denselben Kampf, für dieselbe Einheitsfront der Arbeiter im übrigen Reich, besonders für die Bergbaugebiete. Die oppositionellen Bergarbeiter (Union Gruppe Bergbau) haben vom Bergarbeiterverband die Schaffung der einheitlichen Kampffront verlangt. Jetzt, wo alle beteiligten Verbände im Ruhrgebiet die Schiedssprüche abgelehnt haben, kann es kein Ausweichen mehr geben. Der Erfolg des Kampfes hängt ab von der Einheit der Bergarbeiter im Kampf gegen das Zehentkapital. Die Einheit ist notwendig und möglich, wenn die Arbeiterschaft auf den Zehent ihre Führer zwingt, die notwendigen Schritte hierfür zu tun.

Die Grubenbesitzer fühlen sich stark durch die Unterfütterung ihrer monarchistischen Regierung Luther. Die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaftsführer reden rabulische Töne vom Kampf gegen die soziale Reaktion. Aber sie denken dabei nur an die verlorenen Ministeressel, denken dabei an eine leere parlamentarische Oppositionskomödie. Die Bergarbeiter müssen ihnen auf die Finger sehen und von unten aus den Betrieben dafür sorgen, daß ein Verrat unmöglich wird.

Amsterdam und die Gewerkschaftseinheit

Vom 5. bis 7. Februar tagte in Amsterdam die Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes. „Das wichtigste Problem, das zu besprechen war, das waren die Beziehungen zum Allrussischen Gewerkschaftsbund.“ Nicht nur die Gewerkschaften haben die Diskussion und die Stellungnahme der verschiedenen Gruppen in Amsterdam verfolgt, auch die bürgerliche und großkapitalistische Presse hat ein lebhaftes Interesse für die Verhandlungen gezeigt. So schreibt die „Boß“, vom 6. Februar 1925:

„Die gesamte politische Welt in London, ohne Unterschied der Partei oder der wirtschaftspolitischen Einstellung, verfolgt mit größter Spannung die heute in Amsterdam beginnenden Verhandlungen. . .“

Warum hatte die kapitalistische Presse ein so lebhaftes Interesse an diesen Verhandlungen? Dieselbe „Boß“ vom 10. Februar 1925, also nach der Amsterdamer Sitzung gibt eine interessante und lehrreiche Antwort:

„In der englischen Presse aller Parteirichtungen kommt eine außerordentliche Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß der Beschluß der Amsterdamer Internationale England vor den Gefahren „bedingungsloser Verbrüderung“ der englischen Gewerkschaften mit den russischen Gewerkschaften bewahrt habe.“

Also „die gesamte Welt ohne Unterschied der Partei oder der wirtschaftspolitischen Einstellung“ ist mit Amsterdam zufrieden.

Noch einmal hat Amsterdam in seiner rechten, konservativen Mehrheit gezeigt, daß es gar nicht daran denkt, sich von dieser, der Bossischen „aroben Welt“ zu trennen oder sie unbedingbar zu lassen. Amsterdam — sein rechter Flügel — scheint auch mit sich selbst äußerst zufrieden zu sein. Dieser rechte Flügel der Amsterdamer — versucht seine Positionen mit allen Mitteln zu halten. Egal, wem seine Presse: „Amsterdam einig und geschlossen wie niemals!“

Wie liegen die Dinge in der Wirklichkeit und ist heute überhaupt noch ein solcher Feldzug der Rechten gegen die internationale Einheit möglich?

Wie bekannt, hat der Allrussische Gewerkschaftsbund dem IGB ein Telegramm (Presseberichte IGB, Nr. 6) übermittelt, in dem

„als erster praktischer Schritt zur Erzielung der Einheit in der Gewerkschaftsbewegung eine gemeinsame Konferenz ohne Vorbedingungen von Vertretern des IGB und des Allrussischen Gewerkschaftsbundes“, vorgeschlagen wird, die die Mittel und Wege finden soll, die volle Einstimmigkeit zu sichern und so die Gründung einer vereinigten internationalen Gewerkschaftsorganisation zu ermöglichen, der sich alle jetzt dem IGB und der AGR. angeschlossenen Organisationen anschließen können.

Das ist eine klare und deutliche Sprache — bedingungslos Konferenz zur Herstellung der internationalen Einheit. Das ist der Wille jedes Klassenbewußten Arbeiters. Was wollte aber der rechte Flügel darauf antworten? Die Resolution, die der engere Vorstand (Oudegeest, Sassenbach, Mertens, Joubert) am Tage vor der Ausschussung am 4. Februar ausgearbeitet hat, lautet:

„Der Generalkrat bedauert, daß die russischen Gewerkschaften nicht bereit sind, sich, wie es der Wiener Kongreß verlangt, an die Beschlüsse des IGB, zu halten. Der Generalkrat bedauert weiterhin, daß die russischen Gewerkschaften dem IGB und seinen angeschlossenen Organisationen feindlich (!) gesinnt sind.“

Der Generalkrat ist der Meinung, daß von unserer Seite alles getan worden ist, um die Russen zum Eintritt in den IGB zu bewegen und beantragt, dies den russischen Gewerkschaften mitzuteilen, daß die Angelegenheit als erledigt betrachtet wird und wir von weiterer Korrespondenz absehen.“

Was bedeutet diese Resolution? Ein Abbruch jeglicher Beziehung mit den revolutionären Gewerkschaften und ein offener Feldzug gegen die russischen Gewerkschaften, gegen die internationale Einheit, eine Kampagne der Ausschüsse und der Unterdrückung der Kommunisten und der revolutionären Minderheiten.

Der Wille der Einheit, die Stellungnahme einiger Sektionen und besonders der englischen Gewerkschaften ist aber so fest für die Einheit, daß der konterrevolutionäre schwarze Flügel der rechten Amsterdamer

nicht gewagt hat, sogar die Resolution zur Abstimmung zu bringen, und hat dadurch eine schwere Niederlage auf der Ausschussung vom 5. Februar erhalten.

Die rechten Amsterdamer suchen jetzt ihre Niederlage zu vertuschen, indem sie plötzlich erklären, sie seien immer für die Aufnahme der Russen gewesen. Das Organ des IGB, „Vorwärts“ (Berlin, v. 9. Febr. 1925), gibt in einem Interview die Meinung der ganzen Gesellschaft: Sassenbach, Oudegeest, Joubert, Leijhart, Laverie. Wir waren nie gegen den Anschluß der Russen“. Die oben nicht zur Abstimmung gelangte Resolution steht in schroffem Widerspruch zu diesen Behauptungen. So steht es auch aus mit der „vollen Uebereinstimmung“ im IGB. Im Pressebüro des IGB, Nr. 6 wird berichtet:

„Nach langen, im Geist vollständiger Solidarität und Offenheit geführten Debatten . . . hat man die „Kompromiß“-Resolution angenommen (Kompromiß wird vom Pressebüro angegeben).

„Daily Herald“, das sozialdemokratische Organ der Arbeiterpartei gibt aber ein anderes Bild. Es schreibt:

Die altkonservativen Mitlieder der Amsterdamer Konferenz haben ihre Feindschaft gegenüber den Engländern in wilden Reden und brutalen Resolutionen zum Ausdruck gebracht, so vor allem Oudegeest, der den sofortigen Abbruch der Verhandlungen mit den Russen forderte, und der Belgier Mertens, der seinen holländischen Kollegen bei jeder Gelegenheit unterlächelte. Die vorausgesagten großen Anreden auf Purcell sind aber ausgeblieben. Die mostau-feindliche Mehrheit sah sich schließlich gezwungen, ihre unerwünschte Haltung anstandslos der Festlichkeit der englischen Delegation anzugeben und ihr durch eine Konzeption auf halbem Wege entgegenzutreten.

So steht es mit den heuchlerischen Reden der „vollen Uebereinstimmung“ aus. Aber nicht nur die Reden, sondern

die Tatsache, daß die gesamte englische Delegation die rechten Ankerdammer gezwungen hat, ihre von Dubegest vorgeschlagene Resolution zurückzuziehen und

daß die englische Delegation geschlossen gegen die Kompromiß-Resolution Stenhuis-Smit gestimmt

hat, beweist, daß der Kampf für die Einheit noch lange nicht zu Ende ist und daß der linke Flügel der Ankerdammer, der sicher den Willen zur Einheit in den breitesten Massen hat, auf keinen Fall bereit ist, zu kapitulieren gegenüber der verräterischen Stellungnahme der Rechten.

Der Kampf für die Einheit wird und muß fortgesetzt werden, denn die angenommene Kompromiß-Resolution löst noch nicht die Frage der internationalen Einheit.

Die angenommene Kompromißresolution kann vielleicht die „Büh“, „Times“ und „die gesamte Welt“ befriedigen.

Der „Vorwärts“ und seine Leute Dubegest und Jonhaur suchen sich der Situation schnell anzupassen und machen sogar konträre Vorschläge; so schreibt der „Vorwärts“ vom 11. Februar 1925:

Der Eintritt der russischen Gewerkschaften in den IGB hat zur Voraussetzung ihren Austritt aus der Roten Gewerkschaftsinternationale, was gleichbedeutend ist mit deren Auflösung. Er hat weiter zur Voraussetzung die Auflösung der sogenannten Internationalen Propagandakomitees.

Jonhaur fügt hinzu:

„Der nächste Schritt sollte logischerweise die Aufhebung der IGB, und der diffidenten Organisationen in den Ländern sein, wo es zu Spaltungen kam.“

Jonhaur sagte das, was der „Vorwärts“ vertuschen wollte — nämlich, mit der Aufnahme der Russen — wollen wir mit einem Schläge alles zerschlagen. Aber gerade wenn Jonhaur meint, daß mit dem Anschluß der Russen die IGB, und die diffidenten Organisationen aufgehoben werden sollen, so bedeutet das, daß die Aufnahme der Russen, keine nur Russenfrage, ist, sondern eine internationale, wenn die Aufnahme nach Jonhaur so große internationale Folgen nach sich ziehen soll. Denn wenn dies nicht der Fall wäre, so wäre es ein einfacher Austritt der Russen aus der IGB, dieselbe konnte noch weiter bestehen, wie auch in verschiedenen Ländern die anderen revolutionären Organisationen. Aber nein, das will Jonhaur nicht. Deshalb ist die in Ankerdammer angenommene Resolution keine Lösung. Es handelt sich nicht um die Aufnahme der Russen, sondern um eine 100-prozentige Organisation, wie Cool es sagte. Es handelt sich um die internationale Einheit, die auf dem Wege der Vorkläre der russischen Gewerkschaften durch Einberufen eines internationalen Kongresses durchgeführt werden kann.

Im kräftigsten Gegensatz zu der Heke der rechten Ankerdammer sagte Genosse Purcell in seiner Rede in Coventry, am 8. Februar:

„Rohland wird von mehreren Sektionen unterstützt, die für eine energische Kampfsaktion sind, und England erscheint heute als ein Mittelpunkt, um den sich die verschiedenen Sektionen gruppieren und so die Wege zur internationalen Einheit der Arbeiterschaft vorbereiten können.“

Wie England im Jahre 1864 die Internationale Arbeiter-Assoziation entstehen sah, so konnte es jetzt Zeuge der Vereinigung der Arbeiter aller Länder in einer unzerstörbaren Gewerkschaftsinternationale werden.

In diesem Sinne muß die englische Bewegung den Versuch machen, alle nationalen Gewerkschaftszentren in einem einzigen Körper zu vereinigen. Die vollständige gewerkschaftliche Einheit ist millionenmal wichtiger als alle Schimpfreden über Volksweltismus.

Es gilt jetzt, die Gedanken der Notwendigkeit der internationalen Einheit in den Massen zu verbreiten, neue Kämpfer zu gewinnen. Durch diese große, die breitesten Massen umfassende Bewegung wird die Einheit sich den Weg schaffen zum Kampf gegen den Kapitalismus und für die Herrschaft der Arbeiterklasse.

Washington und der Kampf um den Achtstundentag.

Am 18. und 19. März 1924 beschloß der Bundesausschuß des A.C.W., einen Volksentscheid für den gesetzlichen Achtstundentag in Deutschland vorzubereiten.

Wann war das? Das war zur Zeit, als in ganz Deutschland heftige Kämpfe gegen den Abbau des Achtstundentages im Gange waren. An der Wasserfront standen die Bergarbeiter in barem Kampfe, in Ludwigshafen die Chemiker. Im Rheinland heftige Kämpfe der Metallarbeiter

in Hunderten von Orten, in allen Teilen des Reiches und fast allen Industrien ein erbitterter Kampf der Proleten, den Achtstundentag zu halten. Wichtige Gruppen, wie die Bergarbeiter, Eisenbahner usw. standen ebenfalls unmittelbar vor dem Eingreifen in die Bewegung.

Was taten damals die Führer der deutschen Gewerkschaften? Nichts, um den Kampf der Arbeiter zu unterstützen, alles, um den Erfolg der Arbeiter zu verhindern. „Die Gewerkschaften sind zu schwach, wir müssen jetzt die Arbeitszeitverlängerung in Kauf nehmen, bis wir wieder Kraft für den Kampf gewonnen haben“ das war ihre Litanei in allen Versammlungen, mit der sie den Kampf um den Achtstundentag sabotierten. Mit dieser Formel schlossen sie ohne Befragen der Arbeiterschaft die Tarife ab, die den Achtstundentag beseitigten, die den 9., 10. und 12-Stundentag einführten

Die Gewerkschaftsbürokratie wollte keine Erhaltung des Achtstundentages. Immer wieder muß daran erinnert werden, was der „Vorwärts“ im Oktober 1923 schrieb: „daß die Sozialdemokratie bei den Beratungen im Kabinett keine Zweifel daran gelassen habe, daß sie ihren ganzen Einfluß auf die Arbeiterschaft daran setzen werde, um die im Interesse der Wirtschaft notwendige Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen.“ Immer wieder muß daran erinnert werden, was auch der Sozialdemokrat Weiblich offen zugegeben hat, daß die Arbeitszeitverordnung vom 23. Dezember 1924 ihren wesentlichen Inhalt erst durch eine vorhergehende Vereinbarung der Gewerkschaftsvertreter mit den westfälischen Eisenindustriellen über die Einführung der Zwölfstundenschicht erhielt.“ Was der „Vorwärts“ die SPD versprochen haben, das haben die Sozialdemokraten in den Spitzen der freien Gewerkschaften gehalten. Die kapitalistische Wirtschaft konnte nur gerettet werden durch die gezielte Ausbeutung der Arbeiter, durch die Verlängerung der Arbeitszeit. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie übernahm die Rolle des Reiters, indem sie jeden erfolgreichen Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages unterdrückte.

Aber das hatte bald seine Schwierigkeiten. Die Gewerkschaftsbürokratie kam in Gefahr, die Herrschaft über die Massen zu verlieren. Die Bewegungen der Arbeiterschaft drohten zu einem allgemeinen Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages zu werden. Das mußte verhindert werden. Die „Führer“ mußten die Verbindung mit der Massenbewegung wieder finden, um die Bewegung nach dem berühmten Rezept von 1918 (Ebertprozeß) in Bahnen zu lenken, in denen sie die Bourgeoisie und die Wiederbefähigung ihrer Herrschaft und des Profits nicht gefährden konnte. Der offene Gegensatz der reformistischen Führer zu den Arbeitermassen war gefährlich, ein Mittel mußte gefunden werden, das den Anstich sicherte und die Ablenkung möglich machte. Das Mittel wurde gefunden, der Volksentscheid für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens

1919 brachte das internationale Kapital ein Mittel, um die proletarische revolutionäre Bewegung in allen Ländern zu lähmen, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft in offenem Kampfe mehr erobert, als das internationale Kapital übertragen konnte. Das Mittel war das Abkommen über den Achtstundentag, das die Konferenz der Internationalen Arbeiterorganisation des Volksbundes in Washington beschloß und das nichts kostete; denn die Arbeiterschaft in allen wichtigen Industrieländern hatte den Achtstundentag bereits durch revolutionären Druck auf ihre Bourgeoisie erobert. Washington war also nichts als eine Geste zur Verhöhnung der Massen und gleichzeitig eine Regelma des Achtstundentages, die der Bourgeoisie gestattete, den Achtstundentag unter Verhöhnung auf das Abkommen wieder außer Kraft zu setzen.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie versuchte im März 1924, mit ihrem Volksentscheidbeschlusse die Arbeiterschaft von den aktuellen Kampfaufgaben des Tages abzulenken und mit Illusionen auf eine kampflöse Wiedereroberung den Kampf in den Betrieben zu erstickten. Die Gewerkschaftsbürokratie gewann mit ihrem Volksentscheidmanöver wieder Ansehens, verstand es geschickt, ihre Verräterrolle zu verschleiern, den Massen „Aktion“ vorzutäuschen, und die ungeheure Schuld, die sie mit der Unterdrückung und dem Pöbel auf sich geladen hatte, von sich abzumwälzen und bei den Arbeitern nach politisches Kapital für die SPD. daraus zu schlagen.

Inzwischen wächte die Aktivität der Massen. Im Januar haben die Berliner Gasarbeiter sich den Achtstundentag wieder erobert, indem sie der Losung des Gothaer Broaramms „nach acht Stunden verläßt die Betriebe“ Folge geleistet haben. In Bremen taten die Lederarbeiter dasselbe. Aus allen Teilen des Reiches erfolgten täglich gleiche Meldungen von Delegierten, die nach acht Stunden den Betrieb verlassen. Unter dem Druck der Massen mußte die Gewerkschaftsbürokratie bei den Eisenbahnern, Vergararbeitern, den rheinischen und sächsischen Metallarbeitern, bei den Chemikararbeitern die Arbeitszeittarife kündigen. Die Massen fordern den Kampf, die Ge-

„Ende
Vint über
Harmat aus
Grenze gemacht“

werkschaftsbürokratie gerät in Bedrängnis. In der „Metallarbeiterzeitung“ machte Kummer seinem bedrängten Herzen Luft: „Heraus zur entscheidenden Tat, heraus zum Volksentscheid“, schreit er. Er hoffte, daß es dadurch möglich wird, vom Kampfe abzulenken.

Warum trifft der ADGB keine Vorbereitungen, um den Volksentscheid durchzuführen. Er fürchtet Differenzen mit der Bourgeoisie, er fürchtet vor allen Dingen, daß wenn der Volksentscheid durchgeführt ist, ihm kein anderes Mittel des Massenbetriebs mehr zur Verfügung steht. Er fürchtet vor allem, daß mit der Propaganda bei der Durchführung des Volksentscheides die Achtstundentagsbewegung nicht bloß bei der parlamentarischen Abstimmung stehen bleibt, sondern darüber hinaus in den offenen Kampf übergeht. Das fürchtet der ADGB, wie in der Best. denn dann heißt es Farbe bekennen.

Die Arbeiterschaft darf dem ADGB keine Ausrede mehr gestatten. Die Arbeiterschaft in den Betrieben und Gewerkschaften muß fordern, daß er seine Verpflichtungen wahr macht. Wo bleibt der Kampf um den Achtstundentag? Wie sieht es mit dem Volksentscheid? Warum wird nicht einmal er durchgeführt? Herunter die Maske von dem Gesicht der Reformisten!

In den Betrieben muß die Massenaktion für den Achtstundentag vorbereitet und organisiert werden. Im Reichstag ist ein neues Arbeitszeitgesetz in Vorbereitung, ein Gesetz, das die Arbeiterschaft vollends um den Achtstundentag betriegen soll. Die Abwehr dieser Absichten kann nur in den Betrieben erfolgen. Her mit dem ausnahmslosen Achtstundentag, muß die Lösung sein. Die Kommunisten haben ein solches Arbeitszeitgesetz im Reichstag eingebracht. In den Betrieben muß der Kampf darum geführt werden dadurch, daß die Arbeiterschaft sich den Achtstundentag wieder erkämpft. Nur das bedeutet Sicherheit der achtstündigen Arbeitszeit.

Volksentscheid, sagt der ADGB, nur zur Verhinderung des Kampfes. Die Arbeiterschaft aber, die tagtäglich in den Betrieben um den Achtstundentag kämpft, wird den ADGB zwingen, daß er Farbe bekennet, daß er nicht wieder ausweicht. Sie wird kämpfen um den Achtstundentag und den Volksentscheid dazu benutzen zur Massenagitation, nicht für eine parlamentarische Erledigung des Achtstundentages, sondern für seine Erledigung in den Betrieben.

Nach dem 1. Februar?

F. S.

Im Oktober des Vorjahres beschloß unser Zentral-Ausschuß: Niemand kann nach dem 1. Februar 1925 Mitglied der A.P.D. sein, der nicht Mitglied seiner zuständigen Gewerkschaft ist. Der Zentral-Ausschuß ließ es aber nicht damit bewenden, er verpflichtete alle Genossen, auch in der Gewerkschaft zu arbeiten. Es ist also nach dem 1. Februar nicht die Frage, ob das eine oder das andere Parteimitglied noch nicht gewerkschaftlich organisiert ist, sondern ob der zweite Teil des Beschlusses, nämlich das Arbeiten in der Gewerkschaft, von der Masse der Parteigenossen erfüllt wird.

Sicher sind auf diesem Gebiete auch schon Fortschritte zu verzeichnen, aber trotzdem können wir uns auf keinen Fall damit zufrieden geben. Eroberung der Gewerkschaften durch die Kommunisten heißt: es muß jedes Gewerkschaftsmitglied und jeder außerhalb der Gewerkschaft stehende Arbeiter fühlen und begreifen: die Kommunisten sind die tüchtigsten, entschlossensten, zähesten und unermüdeten Gewerkschaftsarbeiter. Ja, noch mehr: es muß so sein, daß die Gewerkschaftsbewegung, ohne die Kommunisten, für die Arbeitermassen als undenkbar erscheint.

Das heißt: Nehmen die Gewerkschaften an Mitgliedern zu, so soll das dank der Arbeit der Kommunisten sein. Bekommen die Unternehmer vor den Verbänden wieder Respekt, so dank der Kommunisten, kämpfen die Gewerkschaften wieder um eine tatsächliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen, dann soll es das Werk der Kommunisten sein. Drängen die Arbeiter wieder wie nach dem Krieg in die Gewerkschaften, so soll es sein, weil die unorganisierten Massen Vertrauen zu den Kommunisten haben, die ihnen den Eintritt in die Gewerkschaften empfehlen. Das ist unsere Arbeit, die wir leisten müssen. Im Bulletin des KGB, teilt Ludebeck mit, daß die deutschen Gewerkschaften wieder die größte der der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Organisationen ist. Der ADGB habe für 7 1/2 Millionen Mitglieder Beiträge abgerechnet. Vielleicht ist das nur ein Trüch der Reformisten, die aus irgendwelcher Absicht die Mitgliederzahlen übertreiben, doch steht fest, daß die Arbeiter in die Gewerkschaften zurückströmen. Es ist unsere Aufgabe, diesen Zustrom zu vergrößern und zu beschleunigen. Im Jahre 1925 die deutschen Gewerkschaften größer zu machen als sie je waren, ist ein gutes Ziel. Noch besser, wenn am 1. Februar 1925 die deutschen Gewerkschaften größer sind als am 1. Februar 1924. Das ist unser Ziel, das es durch unsere Arbeit

erreicht wurde. Das gibt uns eine sehr gute Position bei den Massen.

Wir haben aber schon ausgesprochen, daß die bisherige Arbeit unserer Genossen auf diesem Gebiete nicht befriedigt. Das beweisen auch die Wahlen zu den Zahlstellenvorständen. Wir haben mit Verlusten an manchem Ort gerechnet, das war unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu vermeiden. Doch sind Verluste eingetreten, die nur aus der schlechten Tätigkeit unserer Genossen zu erklären sind.

Es ist wahr, die Reformisten verstehen das Geschäft, die Massen zuibertöpseln und mit allerhand Kniffen ihre Position zu halten. Dafür liefert die Generalversammlung der Textilarbeiter in Landeshut in Schlesien ein geeignetes Beispiel, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Verbandsbüro veranstaltet wurde, obwohl die Zahlstelle viele Hunderte Mitglieder zählt. Man hat die Mitgliedschaft einfach ohne Nachricht gelassen und ein Duzend Kreaturen sich nach Feierabend in das Büro begeben, um dort den „nebenfälligen“ Akt der jährlichen Generalversammlung mit Vorstandswahl zu vollziehen. Solche Fälle sind aber Ausnahmen.

Wir haben aber andere Fälle: Die Wahlen der Metallarbeiter in Essen, Plauen i. Saal., Döbeln Sa., um nur einige aus vielen Fällen herauszugreifen. In Essen sind wir mit ganz wenigen Stimmen unterlegen. Das brauchte nicht schlimm zu sein. Aber Essen haben wir seit 4 Jahren in der Hand, da dürfte diese Niederlage nicht eintreten. Keine Beschwörung über Mooserei der SPD, hilft darüber hinweg. Unsere Genossen wußten, daß es einen harten Kampf geben werde, aber sie waren einfach nicht zur Stelle, sie haben die Versammlung nicht genügend vorbereitet. Ein paar Artikel in der Zeitung tun es nicht. Hat unsere Betriebszelle bei Krupp ihre Pflicht getan? Haben alle Parteigenossen an der Versammlung teilgenommen? Hat man vorher eine Hausagitation gemacht? Es muß unbedingt nachgeprüft werden, woran der Fehler liegt: wir würden ein Verbrechen begehen, wenn wir die Augen verschließen wollten vor den Missetaten, die am Ausgang der Wahl Schuld tragen. Ob in Essen alle Genossen zur Wahl gegangen sind, läßt sich von hier nicht feststellen, aber in den Fällen Plauen und Döbeln haben sie das keineswegs getan. Es ist doppelt schmerzhaft, wenn die Reformisten sich nur des Sieges erfreuen können, weil viele unserer Genossen zu träge sind, die einfachste Partei- und Gewerkschaftspflicht zu erfüllen.

Wir dürfen solche Dinge aus drei Gründen nicht verschweigen, erstens, weil wir durch das Verschweigen uns mitschuldig machen, das proletarische revolutionäre Bewußtsein in den eigenen Reihen zu erlösen. Zweitens, weil wir tatsächlich alle Kraft anstrengen müssen, um bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen nicht gleiche Schlampeien zu erleben und drittens, weil die Arbeiterklasse vor großen Parteilichkeitskämpfen steht, bei denen unsere Genossen in den Gewerkschaften doch nicht passive Zuschauer bleiben dürfen. Wer nicht begreift, daß man in solchen ersten Fragen (wie auch in allen „scheinbaren“ Kleinigkeiten) wie ein echter Handwerker handeln muß, der hat keine Ahnung von dem großen Wert, das uns Lenin zum vollenenden hinterlassen hat. Wo sich ein Mangel zeigt, muß sofort nachgeholfen werden, wie man ihn schnellstens beseitigt. Bezirksleitung, Arbeitsgebietsleitungen, Ortsleitungen, die nicht sofort zur Stelle sind, wo eine Lücke in der Front klafft und sie mit aller Energie ausstopfen, nehmen eine größere Verantwortung auf sich, als sie tragen können.

Neben Etwa, auch der Kleinste, den die Reformisten in Deutschland erzielen werden, ist ein Triumph der internationalen Gewerkschaftsreaktion.

Dazu kommen die bevorstehenden Kämpfe im Bergbau, in der Metallindustrie, bei der Eisenbahn, in der Chemie. Sie müssen sehr ernst vorbereitet werden, wenn die Arbeiter nicht neue schwere Niederlagen erleiden sollen. Werden das die Husemann, Dikmann, Scheffel, Brey tun? Ist es nicht lächerlich, uns solche Aufgabe zu stellen? Wo das bleibt die Aufgabe der revolutionären Gewerkschafter. Sie ist nur zu lösen, wenn diese das Vertrauen der Arbeiter im Betrieb und Gewerkschaft erwerben, sonst nicht, und darum darf sich ein Fall Essen unter keinen Umständen wieder ereignen.

So wie mit diesem, ist es mit allem, auch mit der Agitation für die Gothaer Forderungen. Versammlungserfolge, die uns eine Zustimmungserklärung bringen, sind wenig oder gar nichts wert, wenn sie nicht verankert sind in der Loyalität der Masse. Um ein Wort von Lasker zu variieren: Wir müssen die Gewerkschaftsfrage und die Gothaer Forderungen zur Leib- und Magenfrage des Proletariats machen. Erst wenn wir das getan, haben wir den Beschluß des Oktober-Zentralausschusses erfüllt. Diese Aufgabe haben wir nach dem 1. Februar. Also: heran an die Arbeit.